UNIA work

Baracken, Fremdenhass und versteckte Kinder

Darum darf es in der Schweiz kein neues Saisonnierstatut geben

Titelbild: Italienische Familie im Hauptbahnhof
Zürich, 15. April 1963. Extrazug für die Wahlen in Italien.
Foto: Keystone/Photpress-Archiv/Str

Noch leben sie, die Zeugen

Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin work

Es ist noch gar nicht lange her. Erst vor fünfzig, sechzig Jahren kamen jene italienischen Büezerinnen und Büezer in die Schweiz, die unsere Strassen bauten, den Gotthard oder in Hotels arbeiteten. Als Saisonniers. Unter dem Saisonnierstatut. Es regelte vor der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 die Zuwanderung in die Schweiz. Als fremdenpolizeiliches Regime. Diese Broschüre will Licht bringen in dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte.

«**Tschinggen**». Das Saisonnierstatut degradierte die Italiener zu Arbeitern zweiter Klasse. Man steckte sie in Baracken, ausserhalb der Wohngebiete der Einheimischen. Vier Männer in ein enges Zimmer, mit viel zu wenig Toiletten und Duschen. Frau und Kinder konnten sie nicht mitnehmen, ihre Stelle durften sie nicht wechseln. 50 Stunden chrampfen auf der Baustelle, auch am Samstag. Wir nannten sie «Tschinggen», warnten unsere Töchter vor ihren «heissen Blicken» und lauten Pfiffen. Und am Ende der Saison, im November, schickten wir sie wieder weg.

Apartheid. Die direkten Zeuginnen und Zeugen dieser düsteren Zeit leben noch. Etwa Bruno Cannellotto oder Aurora Lama. Noch können sie reden und vor einem Rückfall warnen. Denn die SVP will genau das, sie fordert ein neues Saisonnierstatut. Sie nennt es ein «gutes System». Schon wieder zwei Klassen von Menschen. Die Schweizerinnen und Schweizer und die Fremden.

Weiss (und privilegiert) und schwarz (und brutal unterdrückt): In Südafrika hiess diese Art von rassistischem Zweiklassensystem einst Apartheid. Die Wellblechhütten in Soweto und die Baracken am Gotthard sind sich nicht unähnlich. Sie entspringen einem vergleichbaren Herrendenken. Es verwundert deshalb nicht, dass die Apartheidsfreunde von damals die EU- und Fremdenfeinde von heute sind. Wie Christoph Blocher und Ulrich Schlüer.

Feindbilder. Die Angst vor dem Fremden und der Fremdenhass bilden eine Konstante in der Schweizer Geschichte. Juden, Italiener, Spanier, Tamilen, Jugoslawen: Alle wurden sie (erst) zu Feindbildern gestempelt. Zur Bedrohung für die Schweiz. Warum? Der Schriftsteller Peter Bichsel sagt es so: «Die Schweiz funktioniert nur mit Feindbildern.»

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort, Vania Alleva:
Die Geschichte darf sich nicht wiederholen 1 – 2
Bruno Cannellotto:
Baracken am Stadtrand 3 – 8
Ralph Hug:
Schweizer Schandfleck 9 – 10
Ralph Hug über Aurora Lama:
«Ich war ein verstecktes Kind» 11 – 12
Vasco Pedrina:
«Herr Brunner, Sie schaden der Schweiz» 13 – 16
Ralph Hug:
Der lange Atem von Blocher & Schlüer 17 – 20
Matthias Preisser:
Ganz unten – in der reichen Schweiz 21 – 22
Ralph Hug:
So kamen die «Jugos» zu uns 25 – 28
Marie-Josée Kuhn:
Was wäre die Schweiz ohne Pizza ? 29 – 32
Paul Rechsteiner:
Kein Zurück zur Diskriminierung 33 – 38
Peter Bichsel:
«Demokratie ohne Demokraten» 39 – 46
Geschichte des Saisonnierstatuts
und Impressum 47 – 48

Alle Texte ausser dem Beitrag von Paul Rechsteiner erschienen zuerst in der Gewerkschaftszeitung work.
www.workzeitung.ch

Schicksalsjahr 2014

Die Geschichte darf sich nicht wiederholen

Vania Alleva, Co-Präsidentin Unia

Mein Vater war Saisonnier, er hat in Baracken gelebt. Meine Mutter hatte Glück, sie erhielt auf Anhieb eine Jahresbewilligung als Arbeiterin in der Fabrik. Beide erzählten uns Kindern von ihren Erlebnissen mit dem Saisonnierstatut, das sie zu Arbeitnehmenden zweiter Klasse machte. Es verlangte die dauernde Rotation der Einwanderer.

«Mein Vater war Saisonnier, er hat in Baracken gelebt.»

Alle paar Monate mussten sie zurück in ihr Ursprungsland. Und jedes Mal bei der Wiedereinreise wurden sie demütigenden Kontrollen unterworfen. Meine Eltern hatten Freunde, die gezwungen waren, ihre Kinder zu verstecken. Es sind Geschichten von fehlendem Respekt und verweigerter Würde. Geschichten aus der Apartheid nach Schweizerart.

Nach jahrzehntelangem Kampf der Gewerkschaften und anderer sozialer Bewegungen konnte das Saisonnierstatut abgeschafft werden. Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 fand dieses dunkle Kapitel für den grössten Teil der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz ein Ende.

DER RÜCKFALL

Und jetzt das: Gleich zweimal sind die Stimmberechtigten dieses Jahr an die Urne gerufen, um über Initiativen abzustimmen, die einen abschottenden und fremdenfeindlichen Inhalt haben. Am 9. Februar 2014 hat eine knappe Mehrheit der SVP-Initiative zugestimmt. Sie schlug die Warnungen der Gewerkschaften vor den gefährlichen Folgen diskriminierender Kontingentierungen und prekärster, unmenschlicher Aufenthaltsbewilligungen in den Wind. Bei der Ecopop-Abstimmung wird das hoffentlich nicht wieder geschehen.

So oder so, das Jahr 2014 steht schon jetzt für eine grosse Zäsur in der jüngeren Geschichte. Wir riskieren, in überwunden geglaubte Zustände zurückzufallen.

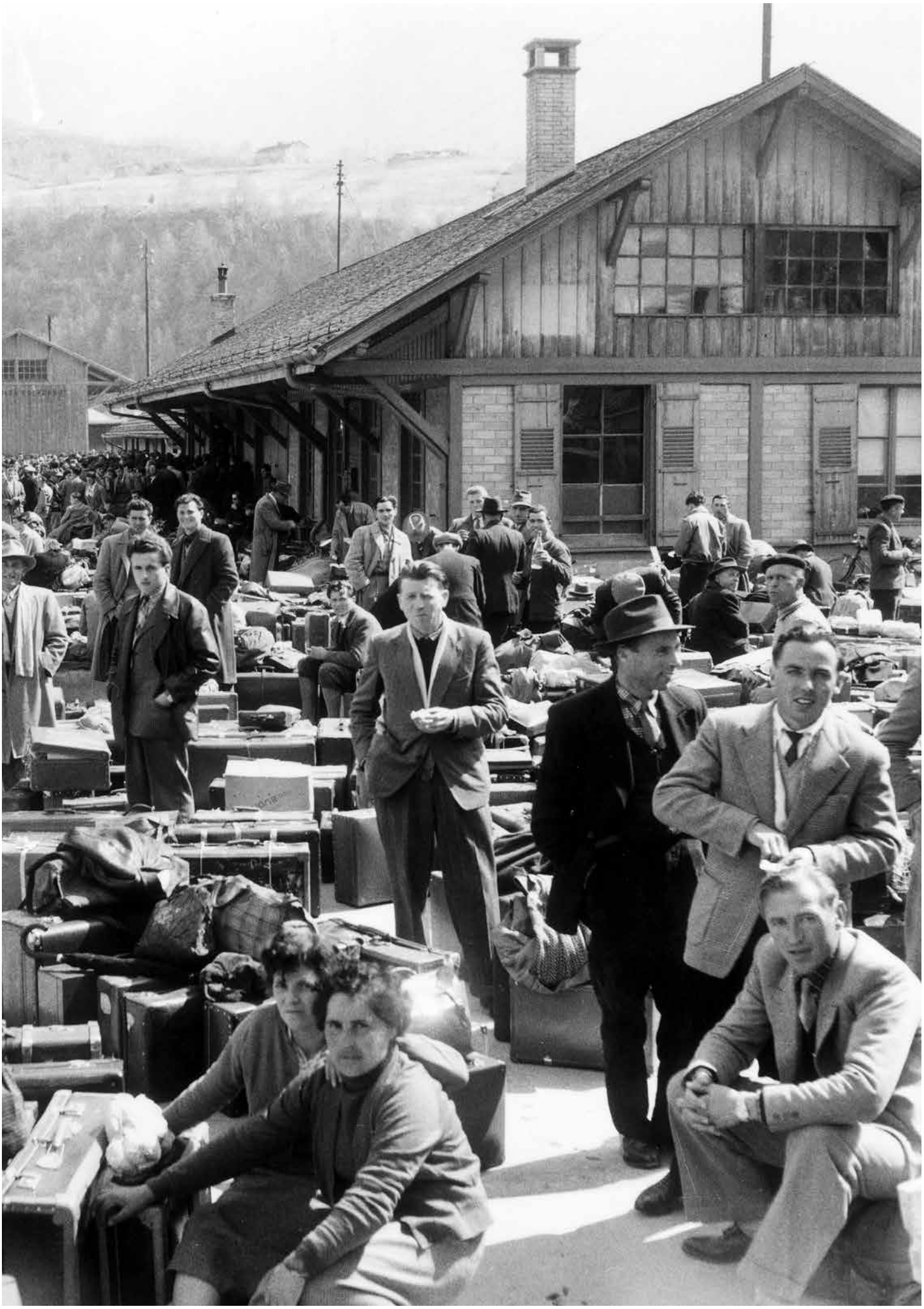
Wie soll die Masseneinwanderungsinitiative jetzt umgesetzt werden? Die Diskussionen darüber laufen heiss. Unter keinen Umständen darf die Politik jetzt auf prekäre Aufenthaltsbewilligungen und einen Abbau der Arbeitnehmerrechte setzen. Es braucht im Gegenteil mehr Schutz vor Dumping für alle Arbeitnehmenden, insbesondere auch für die älteren. Es braucht eine Weiterbildungsoffensive, die diesen Namen verdient, und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

STARKES ZEICHEN

Diese Broschüre und die Wanderausstellung zu den Saisonniersbaracken haben ganz konkrete Ziele: Die Unia will in der heutigen verhärteten Situation das Bewusstsein schärfen für die krassen Fehler der Vergangenheit. Die Geschichte darf sich nicht wiederholen. Die Unia will aufzeigen, welche Errungenschaft die Personenfreizügigkeit für die Rechte der Arbeitnehmenden darstellt. Und sie will die aktuellen Diskussionen um unser Verhältnis zu Europa dahingehend beeinflussen, dass der Schutz aller Arbeitnehmenden wieder in den Vordergrund rückt. Der Ausgang kommender Abstimmungen über die Weiterführung der Bilateralen wird entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, diesen Schutz zu verbessern.

Wir wollen jetzt ein Zeichen setzen. Ein starkes Zeichen für mehr Solidarität, Gleichheit, Gerechtigkeit und Würde für alle Arbeitnehmenden.

Italienische Landarbeiter nach ihrer Ankunft in Brig, 31. März 1956. Foto: RDB



Ex-Saisonnier Bruno Cannellotto erzählt

Baracken am Stadtrand

Die SVP will das Land abschotten, Kontingente und das Saisonnierstatut wiedereinführen. «Das hilft nur den Unternehmern», sagt Ex-Saisonnier Bruno Cannellotto.

Interview: Marco Geissbühler

Wie sind Sie als Saisonnier in die Schweiz gekommen?
Das war 1957. Ich war 18jährig. Eigentlich wollte ich die Kunstschule machen. Als mein Vater starb, starb mit ihm auch dieser Traum. Ich musste arbeiten, um meine Familie zu ernähren. Bei uns im Dorf in der Nähe von Triest im Friaul gab es nur Bauern und Maurer. Wer kein Land hatte, wurde Maurer. So bin ich auf dem Bau gelandet. Dann, nach zwei Jahren, hat mich der Chef einer Baufirma aus Wallisellen ZH angeworben. Der war jeden Winter bei uns im Dorf und rekrutierte Saisonniers. Den Job zu erhalten war kein Problem. Die Grenzkontrolle war eine andere Geschichte. Das war Gewalt gegen Tausende von Menschen.

Gewalt?
Die Grenzpolizei hat uns eine Nacht lang am Bahnhof von Chiasso festgehalten. Und am Morgen mussten wir alle durch eine medizinische Musterung. Das war reine Schikane. Dann, in der Firma, haben unsere Chefs die Saisonbewilligung und den Reisepass konfisziert und an die Gemeinde geschickt.

Sie haben Ihnen alle Papiere abgenommen? War das legal?
Nein, das war es eigentlich nicht. Sie haben es trotzdem getan. Unsere Pässe haben wir erst zurückerhalten, nachdem wir Ende Saison auf der Gemeindeverwaltung unsere Steuern bezahlt hatten. Besonders schlimm, wenn während der Saison zu Hause eine Mutter oder ein Kind starb. Der Saisonnier musste sofort abreisen, damit er rechtzeitig zur Beerdigung kam. Wenn dann die Gemeindeverwaltung geschlossen hatte … Viele gingen das Risiko ein und fuhren ohne Pass über die Grenze.

Im Alltag hiess es «schaffe, schaffe, schaffe». Auch am Samstag, fünfzig Stunden in der Woche auf der Baustelle. Ausserdem unbezahlte Überstunden am Sonntag. Kontrollen gab es da keine mehr.

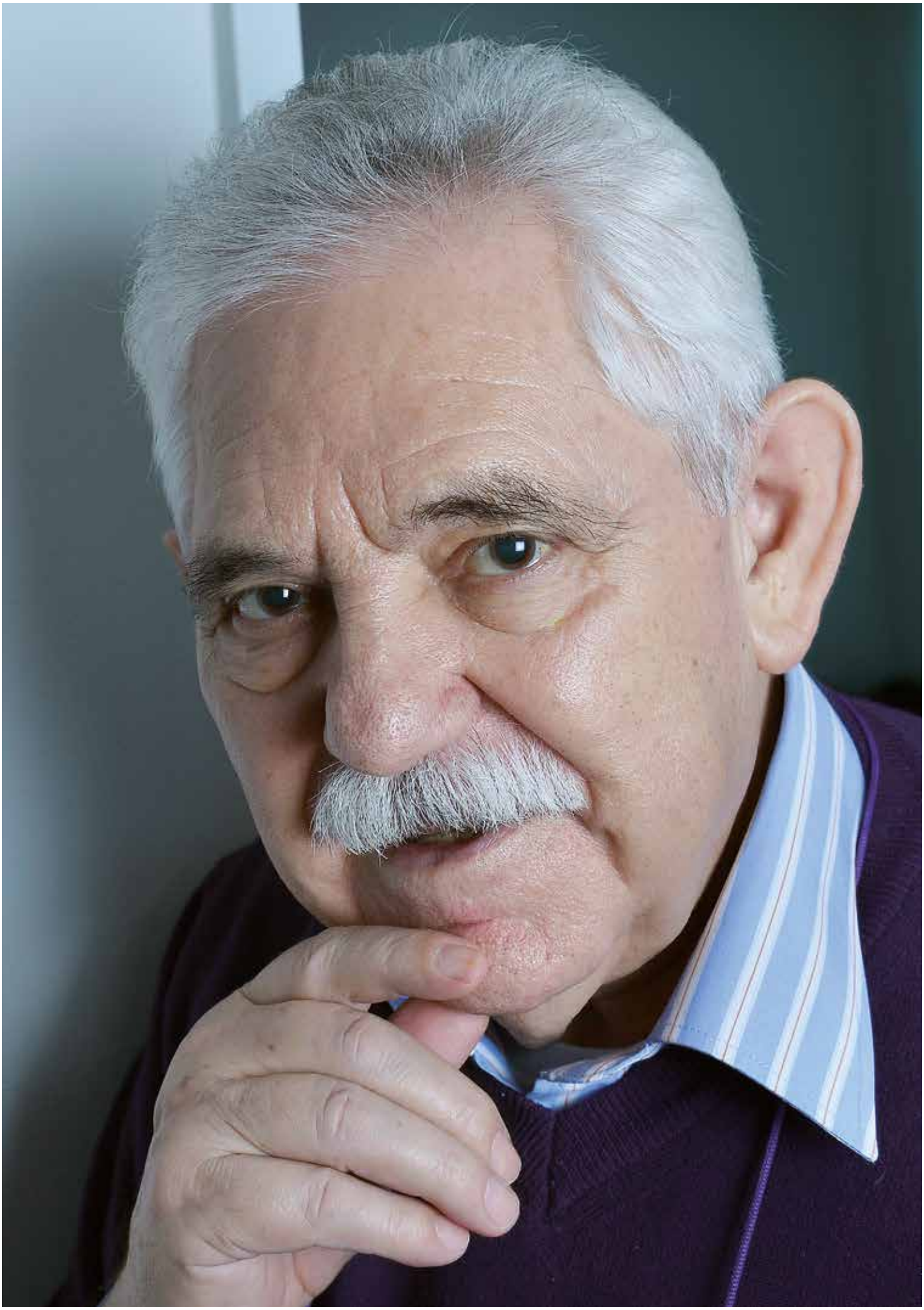
Wie lange dauerte eine Saison?
Die Saison fing am 1. März an und ging bis Ende November. Nach diesen neun Monaten blieben dir zwei, maximal drei Tage, um auszureisen.

Wussten Sie zu dem Zeitpunkt, ob Sie im folgenden Jahr wieder kommen können?
Nein, wir hatten immer alles eingepackt, als wir abreisten. Erst etwa drei Wochen vor der nächsten Saison hast du den neuen Vertrag bekommen. Und wenn nicht … Diese Unsicherheit war belastend. Und sie gab den Chefs eine totale Kontrolle über die Saisonniers. Darum wehrte sich keiner gegen die tiefen Löhne, die unbezahlten Überstunden und die harten Lebensbedingungen. Erst mit einer Jahresaufenthaltsbewilligung bekamst du ein wenig Sicherheit.

Wie kamen Sie an eine Jahresaufenthaltsbewilligung?
Nach 45 Monaten als Saisonnier in der Schweiz konnte man sie beantragen. Also nach fünf Jahren.

Sie selbst haben die Bewilligung aber erst nach neun Jahren erhalten. Weshalb?
Die Bewilligung bekamst du erst, wenn du alle Saisons komplett hattest. Fehlte in einer Saison nur ein einziger Tag, musstest du wieder bei null anfangen. Davon wusste ich nichts. Wegen einer dreimonatigen Weiterbildung in Italien bin ich im vierten Jahr ein paar Tage zu spät in die Schweiz eingereist.

Bruno Cannellotto lebt heute im Ruhestand in Zürich Wiedikon.
Foto: Peter Mosimann



Eine harte Strafe für ein kleines Missgeschick.
Ja, bei mir war es ein Missgeschick. Aber bei vielen anderen haben die Chefs das ausgenutzt: Wenn der Luigi, der Antonio oder der José gute Arbeiter waren, haben sie alles getan, damit die Betreffenden keine Aufenthaltsbewilligung bekamen. Denn mit der Bewilligung hattest du die Freiheit, woanders arbeiten zu gehen. Einen Job in der Fabrik zu suchen. Darum haben die Chefs die neuen Verträge so kurzfristig geschickt. Oder die Leute kurz vor Ende der Saison entlassen.

Wie hat man damals auf Schweizer Baustellen gearbeitet?
Wir haben Material benutzt, das in Italien längst als veraltet galt. Die Buden haben nie in Maschinen investiert. Denn die ausländischen Arbeitskräfte waren so billig… Viele Zehntausend Arbeiter haben sie in die Schweiz geholt. Alleine aus meinem Dorf mit 2000 Einwohnern arbeiteten 150 Leute in der Schweiz.

Und all die Saisonniers kamen immer auf Anfang Saison in die Schweiz?
Ja, 130 000 Italienerinnen und Italiener mussten in wenigen Tagen einreisen. Das war alles perfekt von A bis Z durchorganisiert. Die Planung der Bauprojekte, die Investitionen: Alles war auf die Saisonniers ausgerichtet. In allen Baufirmen standen Massen von Schaufeln, Hämmern und Kellen bereit. Nur für die Menschen, die kamen, war nichts vorgesehen.

Es gab Baracken?
Ja, sie haben schnell, schnell Baracken aufgestellt. Vier Leute in einem Zimmer, viel zu wenige Duschen und WC. Die Firmen bauten ihre Baracken am Stadtrand, damit die Arbeiter die Leute in der Stadt nicht störten. Und weil sie dort weniger zahlen mussten für den Boden. In Zürich stand ein grosses Barackendorf am Leutschenbach, in der Nähe der heutigen Fernsehstudios. Die Arbeiter mussten jeden Morgen zwei Kilometer gehen, bis sie an die erste Tramhaltestelle beim Bahnhof Oerlikon kamen.

Und ganze Familien lebten in diesen Baracken?
Nein, nur die Bauarbeiter. Die Saisonniers durften ihre Familien nicht mitnehmen. Ehefrauen konnten sich als Ledige ausgeben und unter ihrem Mädchennamen einreisen, wenn sie eine eigene Saisonnierstelle hatten.

Was passierte mit den Kindern?
Wer die Kinder nicht bei den Grosseltern lassen konnte, parkierte sie in religiösen Internaten oder Klöstern in der Nähe der Grenze. Zum Beispiel in Varese. Die Nonnen dort haben in jenen Jahren ein gutes Geschäft gemacht. Andere mussten ihre Kinder mitnehmen und versteckten sie hier.

«Die Chefs konfiszierten die Pässe. Das war illegal.»

Es gab Kinder, die jahrelang die Wohnung nicht verlassen konnten. Die nie in die Schule gehen durften. Nie die Sonne sahen. Viele Kinder wuchsen bei Verwandten auf. Eine Bekannte von mir hatte eine Tochter, die nannte ihre Mutter nur noch: «Die Frau, die mir Schokolade bringt.»

«Gastarbeiterinnen» nannte man sie in der Schweiz.
Es war nicht erwünscht, dass wir ein Teil der Gesellschaft wurden. In der Arbeitswelt schon. Dort konnten wir uns integrieren. Ausserhalb nicht. Viele aus meiner Generation können alles, was es auf dem Bau gibt, perfekt auf deutsch benennen. Aber in der Apotheke oder wenn sie ihre Kinder in die Schule begleiten mussten, fehlten ihnen die Worte.

Sie sprechen fliessend Deutsch.
An der Gewerbeschule in Zürich Oerlikon habe ich mich mal für einen Deutschkurs angemeldet. Bis eines Tages der Lehrer sagte: «Heute ist ein wichtiger Tag für Italien. Vor 20 Jahren befreiten deutsche Fallschirmspringer Mussolini.» Da habe ich ihm die Bücher zurückgegeben und bin gegangen. Am Ende habe ich mir alles selbst beigebracht. Ich habe viel gelesen.

Unterkunft für italienische Saisonniers in Zürich, 1961.
Foto: Keystone/Photopress-Archiv/Bruell

Deutsch finde ich eine phantastische Sprache. Ich höre sie gerne. Zum Beispiel schaue ich mir im Fernsehen die Debatten im deutschen Bundestag an. In der Gewerkschaft habe ich später manche Berufskonferenzen simultan übersetzt, von Malern, Gipsern, Maurern.

1963 hat die Schweiz Kontingente für Ausländer eingeführt. Was war die Wirkung?
Vielen Migranten war nicht klar, was die Kontingentierung für sie bedeute: Erhielten sie nun keine neue Bewilligung mehr? Oder würden sie etwa nach der Einreise aussortiert werden? Das schürte die Angst und machte sie erpressbarer. Sonst hat die Kontingentierung nichts gebracht.

Als Gewerkschaftssekretär sass ich in den 1970er Jahren in der zuständigen Aufteilungskommission. Wir waren zwei Gewerkschafter und zwei Unternehmer. Wir teilten den Baufirmen die Bewilligungen zu. Die Firmen haben immer das Maximum verlangt. Hatte eine Firma zu wenig Arbeiter, stellte sie einfach über eine andere Firma, die ihr Kontingent noch nicht ausgeschöpft hatte, Leute ein. Wir in der Kommission hatten keine Mittel, das zu kontrollieren oder zu verhindern.

Was konnten Sie für die Saisonniers herausholen, als Sie Gewerkschaftssekretär wurden?
Vieles, was ich selber erlebt hatte, hörte ich als Gewerkschaftssekretär wieder von anderen. Wie hätte ich das alles stoppen können? Es gab immer massenhaft Leid. Aber wir haben vieles verbessert. Wir haben ein Barackenreglement für die ganze Schweiz durchgesetzt. Das hat die hygienische Situation verbessert. Wir haben auch erreicht, dass die Gesamtarbeitsverträge für alle galten. Wir haben kontrolliert, dass es keine Schwarzarbeit und kein Lohndumping mehr gab. Und vor allem haben die Gewerkschaften einen grossen Beitrag für das Zusammenleben geleistet: In den Gewerkschaften konnten alle – egal ob Ausländer oder Schweizer – als Gleichberechtigte zusammenarbeiten. Sie haben sich kennengelernt, indem sie gemeinsam ihre Probleme lösten.

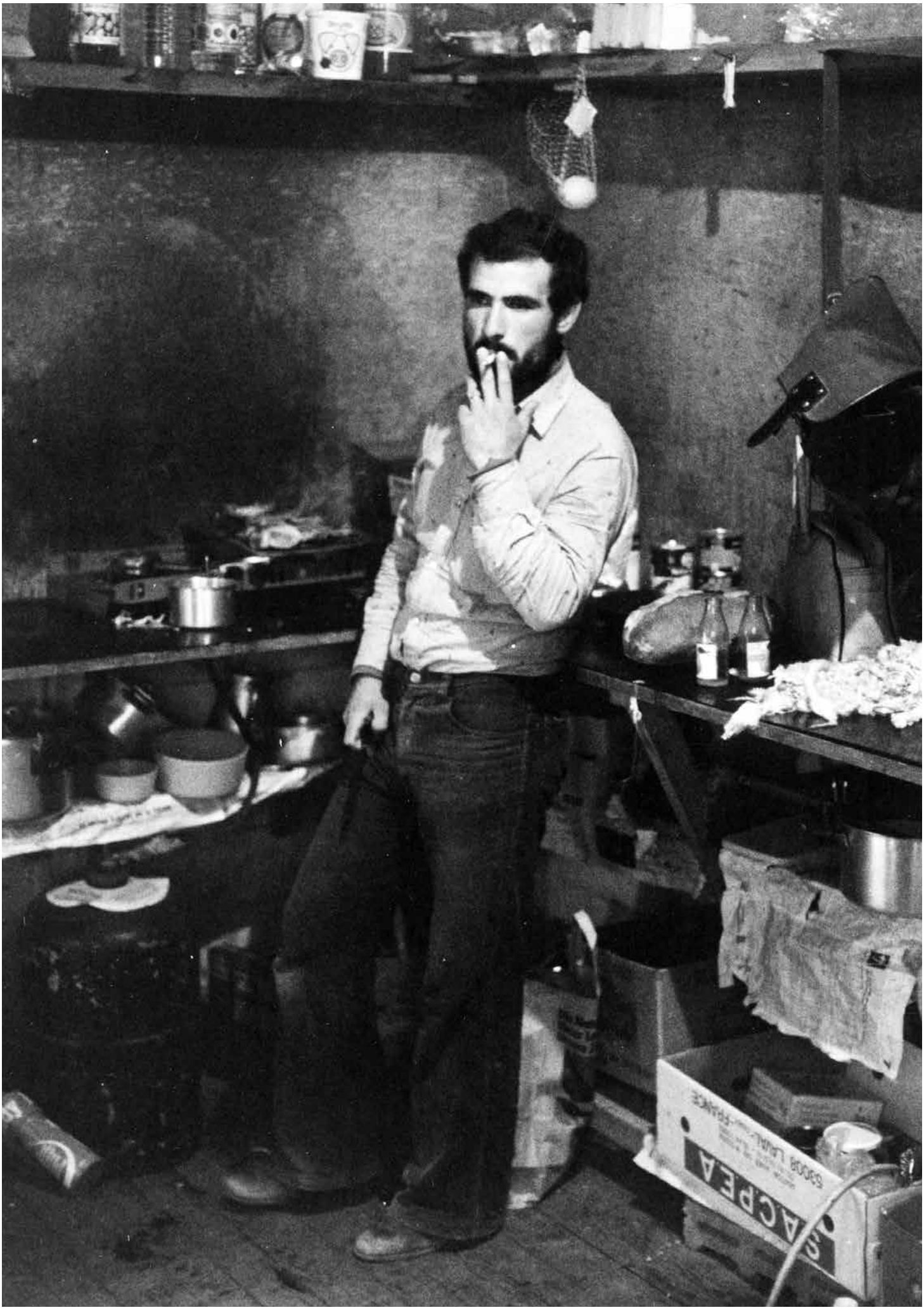
SVP-Präsident Toni Brunner will wieder Saisonniers und Kontingente einführen. Was halten Sie davon?
Das gibt noch mehr Druck auf die Migranten. Und schlechtere Löhne für alle, auch für die Schweizer. Von der Initiative profitieren nur die Unternehmer. Heute brauchen wir einfache Regeln, die alle Unternehmer einhalten müssen. Und gute Arbeitsverträge, damit sie die Löhne nicht drücken können.

VON TRIEST NACH ZÜRICH
Bruno Cannellotto (75) wuchs in einem kleinen Dorf in der Nähe von Triest in der italienischen Region Friaul auf. 1957 kam er erstmals als Saisonnier in die Schweiz, nach Wallisellen ZH. Zwischen den Saisons machte er in Italien einen Kurs als Bauzeichner. Schliesslich stieg er zum Vorarbeiter auf.

Bereits in Italien engagierte er sich für den Partito Comunista Italiano (PCI), damals die grösste Partei des Landes. Auch in der Schweiz blieb Bruno Cannellotto politisch aktiv, was ihm eine Fiche eintrug und Jahrzehnte später seine Einbürgerung erschwerte.

Cannellotto trat 1970 der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) bei, einer Vorgängerin der Unia. Noch im selben Jahr bot ihm die GBH eine Stelle als Funktionär an. Er sollte helfen, die italienischen Fremdarbeiter zu organisieren. Er sagte zu und blieb der Gewerkschaft 29 Jahre lang treu. 1974 heiratete Bruno Cannellotto seine Jugendliebe. Die beiden zogen nach Zürich. Sie haben zwei erwachsene Kinder. Seit 1999 geniesst Cannellotto seinen Ruhestand in einer Genossenschaftswohnung in Zürich Wiedikon.

Saisonnier in der Kochecke der Baracke.
Foto: Uri Werner Urech/Schweizerisches Sozialarchiv/GBI



Das war das Saisonnierstatut

Schweizer Schandfleck

Jahrzehntelang galt in der Schweiz das Saisonnierstatut. Es regelte die Zuwanderung mit brutaler Diskriminierung.

Ralph Hug

Wo arbeiteten die ersten Italiener, die in den 1950er Jahren als sogenannte Gastarbeiter in die Schweiz kamen?

In der Landwirtschaft. Die Schweizer Bauern brauchten billige Arbeitskräfte. Doch sobald es ging, wanderten die Migranten in die besser bezahlte Bauwirtschaft ab. Darauf wichen die SVP-Bauern auf neue Leute aus Spanien und Portugal aus. So mussten sie keine höheren Löhne bezahlen. Die Rechtlosigkeit der ersten Landarbeiter aus Italien wurde erst 1965 mit einem Abkommen gemildert. Der Vertrag zwischen der Schweiz und Italien brachte eine geregelte Rekrutierung und den italienischen Migranten einige Verbesserungen: die bezahlte Anreise, die Möglichkeit des Stellenwechsels oder verlängerte Aufenthaltsbewilligungen.

Trotzdem behielt das Saisonnierstatut seine apartheidähnlichen Züge, und es förderte die Diskriminierung der Betroffenen.
Die zentralen Punkte:

GRENZSANITARISCHE UNTERSUCHUNG
Die Schweiz hiess die «Gastarbeiter» an der Grenze willkommen: durch die Polizei. Beim medizinischen Check bei der Einreise standen die Männer mit nacktem Oberkörper bei jedem Wetter in der Schlange. Wer nicht gesund war, musste umkehren. Erst nach einer Kampagne der GBI gelang es, die entwürdigende Untersuchung 1992 durch einen Arztbesuch zu ersetzen.

WOHNEN IN BARACKEN
Viele Saisonniers hatten kein eigenes Zimmer, sondern logierten zu dritt oder zu viert in Barackenlagern, oft am Stadtrand. Die GBI setzte in den 1990er Jahren in einem Anhang zum Landesmantelvertrag durch, dass pro Zimmer höchstens zwei Personen, später nur eine Person sein durften.

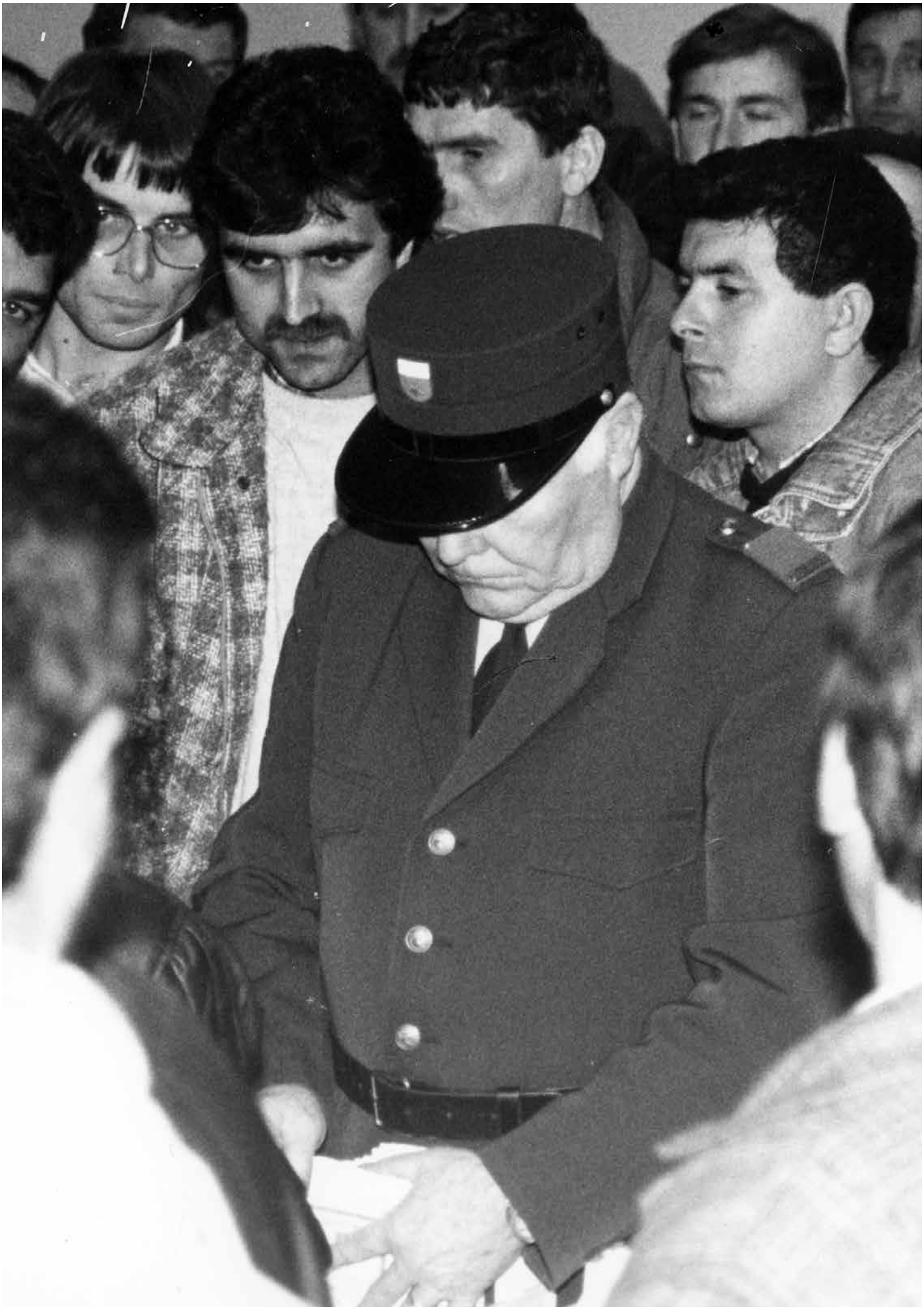
STELLENWECHSEL
Saisonniers konnten die Stelle nicht wechseln, selbst bei einer missbräuchlichen Kündigung nicht. Ihnen blieb nur die Heimkehr. Das führte zu extremer Abhängigkeit vom Betrieb.

FAMILIE
Bis 1965 gab es kein Recht auf Familienzusammenführung. Danach war ein Jahresaufenthalt mit Familiennachzug und Stellenwechsel möglich, aber erst nach fünf (später vier) Saisons mit ununterbrochenem Saisonnierstatus. War eine Saison unvollständig, begann der Zähler wieder bei null. Viele Arbeitgeber missbrauchten diese Bestimmung, um die Umwandlung in den Jahresaufenthalt zu verhindern und die besten Leute an ihre Firmen zu fesseln.

VERSTECKTE KINDER
Ehefrauen von Saisonniers, die nachzogen und dann meist im Gastgewerbe als Saisonnières arbeiteten, hatten Kinder, die heimlich und zum Teil versteckt in Internaten aufwuchsen.

LOHNDRUCK UND DISKRIMINIERUNG
Saisonniers verdienten im Schnitt für dieselbe Arbeit 15% weniger als die Schweizer Kollegen. Bei der Invaliden- und der Krankenversicherung waren sie gegenüber Niedergelassenen schlechter gestellt. Die meisten hatten für die Zwischensaison keinen Anspruch auf Gelder der Arbeitslosenversicherung. Bei der Pensionskasse waren Missbräuche häufig.

Grenzkontrolle von Saisonarbeitern in Basel, 1989.
Foto: Felix Hilfiker/Schweizerisches Sozialarchiv/GBI



Aurora Lama bricht das Schweigen

«Ich war ein verstecktes Kind»

Die Zürcherin Aurora Lama war ein Saisonnierkind und illegal in der Schweiz.

Ralph Hug

Die Eltern kommen 1960 als Saisonniers in die Schweiz. Da ist Aurora Lama gerade mal vier Jahre alt. Die Kleine muss bei der Grossmutter im spanischen Galicien bleiben. Das Saisonnierstatut verbietet den Familiennachzug. Aurora wird

«Kein Statut kann eine Familie auf Dauer trennen.»

Vater und Mutter die nächsten sechs Jahre kaum mehr sehen. Die heute 58jährige schweizerisch-spanische Doppelbürgerin erzählt: «Meine Eltern kehrten nach neun Monaten Saisonarbeit nicht zurück, sondern blieben in der Schweiz – schwarz und mit dem Einverständnis des Arbeitgebers, der sie im Winter weiterbeschäftigte.» Der Vater arbeitet in Olten auf dem Bau, die Mutter in einem Hotel. Es spielen auch politische Gründe mit, weshalb Auroras Vater nicht mehr nach Spanien zurückkehren kann: Als engagierter Gewerkschafter fürchtet er sich vor Diktator Francos Schergen. So zerriss das Saisonnierstatut Auroras Familie. Das war bei vielen Migranten so. «Doch damals hat man nicht darüber gesprochen», sagt sie.

ES WAREN TAUSENDE

Als Aurora zehn Jahre alt wird, findet ihre Mutter, so gehe es nicht mehr weiter: «Durch die Trennung kannten wir uns gar nicht mehr, wir wurden einander fremd.» Also nimmt sie ihre Tochter mit in die Schweiz, reist als Touristin ein, aber nicht mehr aus. Vater und Mutter arbeiten jetzt in Lausanne. Aurora darf tagsüber die Wohnung nicht verlassen. Würde sie erwischt, würde man sie an die Grenze stellen. Erst wenn die Mutter um 15 Uhr von der Schicht nach Hause kommt, kann sie mit ihr einkaufen gehen. Ein Kind in Begleitung der Mutter ist weniger auffällig.

Zweimal pro Woche geht Aurora abends in eine spanische Schule. Sie sagt: «Es waren nicht Hunderte, sondern Tausende, die versteckt in der Schweiz leben mussten wie ich.» Wie viele es wirklich waren, ist noch immer unbekannt. Das düstere Kapitel Schweizer Geschichte ist noch schlecht erforscht. Auch deshalb hat die Berner Jugendpsychologin und Therapeutin Marina Frigerio jetzt verschiedene versteckte Kinder porträtiert.[1]

WIEDERHOLT SICH DIE GESCHICHTE?

Eingesperrt in der Stube, schaut Aurora Fernsehen und malt. Lama: «Ich konnte nicht normal leben, war allein und hatte keine Gschpänli.» Vier Jahre lang dauert dieses traurige Versteckspiel. Dann verpfeift sie jemand bei der Fremdenpolizei: «Innert vierundzwanzig Stunden musste ich ausreisen.» Zurück zur Grossmutter nach Galicien. Aber zum Glück nur für ein paar Monate. Denn inzwischen arbeitet Auroras Vater genügend lange in der Schweiz, dass er eine Aufenthaltsbewilligung B beantragen kann. Es klappt, der Familiennachzug wird legal möglich.

Trotz ihrer schmalen Schulbildung gelingt es ihr, eine Lehre als Typographin erfolgreich abzuschliessen. Später heiratet sie einen Landsmann. Ihre beiden Söhne sind heute erwachsen.

Die SVP will das Saisonnierstatut wiedereinführen. Doch Aurora Lama weiss, dass kein Statut Familien auf Dauer trennen kann: «Das funktioniert einfach nicht.»

[1] Marina Frigerio: Verbotene Kinder. Die Kinder der italienischen Saisonniers erzählen von Trennung und Illegalität. Vorwort von Franz Hohler. 200 Seiten, CHF 32.–, Rotpunktverlag, Zürich 2014.

Foto: Michael Schoch

Offener Brief von Gewerkschafter Pedrina

«Herr Brunner, Sie schaden der Schweiz!»

SVP-Chef Toni Brunner will das Saisonnierstatut wiedereinführen. Gewerkschafter Pedrina ist entsetzt.

Vasco Pedrina

«Mit Ihrer fremdenfeindlichen Politik fordern Sie und Ihre Partei, die SVP, die Abschottung der Schweiz. Sie wollen die Stärke der Schweiz, ihre Vielfalt und Offenheit, kaputtmachen. Sie wollen sogar das Saisonnierstatut wiedereinführen.[1] Ich gehöre zu jener Generation, die jahrzehntelang gegen dieses Statut gekämpft hat. Damals hatten Sie noch die Windeln an. Deshalb wissen Sie es wohl nicht besser: Jedes Saisonnierstatut ist gegen die Menschenwürde, drückt die Löhne und führt zu Lohndumping. Nein, nicht nur bei den Italienern, die den Gotthardstrassentunnel, Autobahnen und zahlreiche Staumauern in den Schweizer Alpen bauten. Es drückte auch die Löhne der Schweizer Büezer. Das Saisonnierstatut war schädlich für unsere Volkswirtschaft.

ERBÄRMLICHE ZUSTÄNDE

Als Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) besuchte ich damals Hunderte von Baustellen im Land. Ich war für die Saisonniers auf dem Bau zuständig. Sie machten mehr als 60 Prozent unserer Mitglieder aus. Ich ging in die Baracken und sah, wie sie leben mussten: Zu viert oder zu sechst schliefen sie zusammengepfercht unter erbärmlichen Bedingungen. Und jeweils im März, wenn die Saison begann, traf ich sie an den Grenzübergängen. Kolonnen von Männern mit nackten Oberkörpern; stundenlang und frierend warteten sie auf die ‹Visita sanitaria›. Auf die medizinische Untersuchung. Die Ärzte und die Fremdenpolizei schickten Kranke und wenig Robuste wieder nach Hause. Ja, die ‹Gastarbeiter› wurden in der Schweiz von der Polizei empfangen. Ich war entsetzt, wie die Menschenwürde mit Füssen getreten wurde. Und immer wieder habe ich mich dafür geschämt, Schweizer zu sein. Zu diesen erbärmlichen Zuständen wollen Sie, Herr Brunner, jetzt zurück. Ist es blanker Zynismus oder bloss Naivität? Ich und meine Kollegen und Kolleginnen jedenfalls konnten solche Bilder nicht ertragen. Bereits in den 1970er Jahren hatten wir deshalb versucht, das Saisonnierstatut zu bodigen. Doch wir verloren die Abstimmung. Denn die Bauern-, Baumeister- und Wirteverbände hatten im Abstimmungskampf den Teufel an die Wand gemalt. ‹Ihre› Bauern, Herr Brunner, nicht die ‹unseren›. Die Abschaffung des Saisonnierstatuts käme einer wirtschaftlichen Katastrophe gleich, behaupteten sie. Und säten Angst. So, wie auch Sie und Ihre SVP heute Angst säen. Angst vor den Fremden. Angst vor Mindestlöhnen. Und Angst vor mehr Lohnschutz.

HILFE FÜR SCHWACHE BETRIEBE

Doch so schnell gaben wir nicht auf. Im September 1990 waren wir 20 000 Menschen auf dem Bundesplatz in Bern. Es war die grösste Demonstration seit vielen Jahren. Und sie hatte Folgen.

Unser erster Erfolg war die Abschaffung dieser ‹Visita sanitaria› an den Grenzübergängen. Dann gelang uns zum Beispiel durchzusetzen, dass das Recht auf Familiennachzug erleichtert wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt mussten sich Saisonniers oft zehn, zwanzig Jahre und noch länger gedulden, um das Recht auf eine Jahresbewilligung zu bekommen. Erst danach konnten sie Frau und Kinder in die Schweiz holen. Das ist die bittere Realität, die Sie ‹ein sehr gutes System› nennen und das Sie wiedereinführen wollen, Herr Brunner.

Irgendwann trug unsere Aufklärungsarbeit Früchte. Irgendwann verstanden immer mehr Leute: Das Saisonnierstatut half nur den schwachen und wenig produktiven Betrieben. In der Landwirtschaft, der Bauwirtschaft und im

Vier Italiener schlafen auf vier Quadratmetern Fläche, Etzwilen TG, 1971. Foto: Gregor Fust/RDB

Gastgewerbe. Die innovativen Betriebe und die Branchen mit höherer Wertschöpfung hatten gar nichts davon. Es gelang uns, auch die Regierungen jener europäischen Länder für unser Anliegen zu gewinnen, aus denen die Mehrheit der Saisonniers kam. Wir sprachen mit Felipe González, Giulio Andreotti und Mario Soares. Und dann, Ende der 90er Jahre, fiel es: Das Saisonnierstatut hatte abgedankt.

ABSCHAFFUNG WAR GLÜCKSFALL

Rückblickend können wir sagen: Die Abschaffung des Saisonnierstatuts war ein Glücksfall für die Schweiz:

– Endlich konnte die Schweiz ihr Image als kaltes, fremdenfeindliches Land los werden.

– Endlich stiegen die Löhne in den klassischen Saisonnierbranchen wie dem Bau, der heute gute Löhne zahlt und vorher eine Tieflohnbranche war.

«Das Saisonnierstatut führte zu Lohndumping, auch bei Schweizer Büezern.»

Das hat vor allem auch damit zu tun, dass wir Gewerkschaften in der Baubranche stark sind. In der Landwirtschaft sind wir nicht stark, da sind Sie es und Ihre SVP, und die Löhne sind mies.

– Entgegen aller Angstmacherei hat die Abschaffung des Saisonnierstatuts zu keiner Katastrophe geführt. Die Schweizer Wirtschaft konnte die Produktivität deutlich steigern, unter anderem, weil jetzt auch qualifizierte Arbeitnehmende aus dem Ausland zu uns kommen konnten.

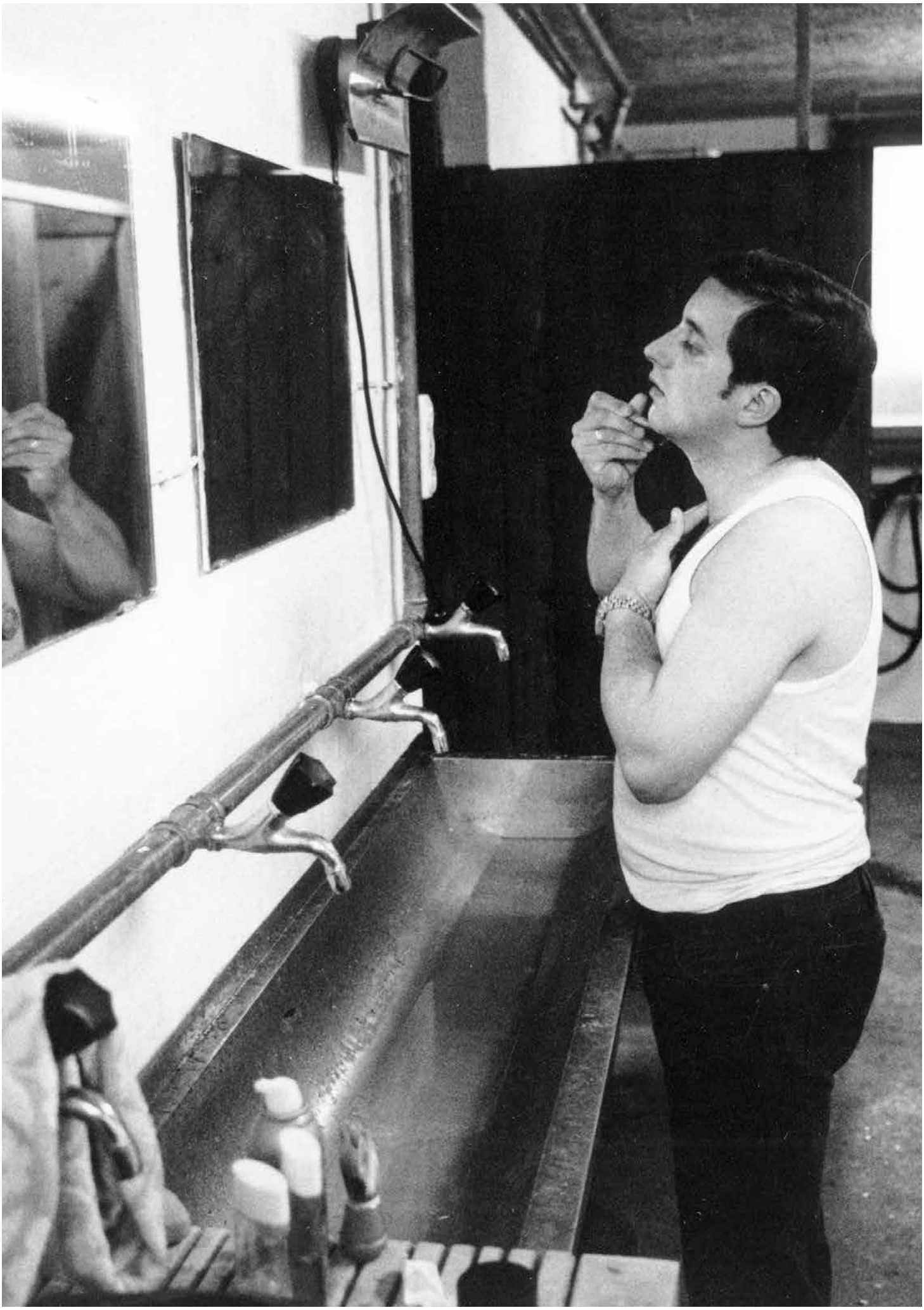
Herr Brunner, ich hoffe sehr, Sie meinen nicht wirklich ernst, was Sie manchmal reden. Wenn doch, dann schlagen Sie mit Ihrem Ruf nach der Wiedereinführung des Saisonnierstatuts nicht nur die Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten in den Wind. Sie schaden auch den hiesigen Arbeitnehmenden und der Wirtschaft. Ja, Sie schaden der ganzen Schweiz!»

Mit freundlichen Grüssen

Vasco Pedrina (63) ist Vizepräsident der Bau- und Holzarbeiter-Internationale. Von 2004 bis 2006 war er Unia-Co-Präsident, zuvor seit 1991 Präsident der Vorgängergewerkschaften GBH und GBI. Von 1994 bis 1998 teilte er sich zudem das SGB-Präsidium mit Christiane Brunner.

[1] SVP-Chef Toni Brunner in der «NZZ am Sonntag» (24.11.2013): «Für saisonale Branchen wie den Bau oder die Landwirtschaft sollten wir das Saisonnierstatut wiedereinführen. Das war ein sehr gutes System, leider hat es die Politik zuerst aufgeweicht und dann abgeschafft.»

Morgentoilette an der Waschrinne in der Baracke, 1984.
Foto: Uri Werner Urech/Schweizerisches Sozialarchiv/GBI



Freunde der Apartheid

Der lange Atem von Blocher & Schlüer

Christoph Blocher und Ulrich Schlüer waren die eifrigsten Verteidiger des rassistischen Zweiklassensystems in Südafrika. Heute kämpfen die beiden SVP-Ideologen für ein fremdenfeindliches Zweiklassensystem in der Schweiz.

Ralph Hug

Auf seinem Privatkanal Teleblocher äusserte sich SVP-Übervater Christoph Blocher zum Tod von Südafrikas Befreier Nelson Mandela. Das rassistische Apartheidssystem sei eine «komische Sache»: «Diese Rassendiskriminierung ist uns ja fremd!» Und weiter: Die Weissen hätten «das Land damals sehr in Ordnung gehalten». Die Rassentrennung habe ja ohnehin auf Gegenseitigkeit beruht. Mandela selber würdigte der ehemalige Justizminister als Mann, «der an vielen Orten auch überschätzt» werde. Im übrigen «war ich ja mal bei Mandelas Haus. Der wohnte also schon nicht gerade in einer Wellblechhütte.»

BUSINESS MIT RASSISTEN

Blocher wie eh und je: ein Freund und Verteidiger jenes weissen Rassistenregimes, das sich in Südafrika von 1948 bis 1994 an der Macht hielt. Und das die schwarze Bevölkerungsmehrheit mit blutiger Gewalt unterdrückte: schwarze Ghettos und weisse Villen, getrennte Schulen und getrennte öffentliche WC-Anlagen, Heiratsverbot zwischen Schwarz und Weiss usw. 1976 erklärte die Uno die Rassentrennung zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verhängte Wirtschaftssanktionen. Doch die Schweiz trug als weltweit einziges Land die Sanktionspolitik aus Neutralitätsgründen nicht mit. Die Grossbanken, Sulzer, die Ems-Chemie usw. machten weiterhin Geschäfte mit dem Unrechtsregime. Blochers Ems-Patvag lieferte Munitionszünder, und Schweizer Firmen halfen sogar mit, sechs Atombomben zu bauen. Mit dem Segen von Bundesverwaltung und Bundesrat.

Das hat Historiker Peter Hug in den Akten von damals entdeckt, die der Bundesrat auch fünfzig Jahre danach nicht freigeben will. Hug ist ein Spezialist für die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Apartheidsregime. Er sagt: «Es herrschte in der Schweiz ein fester politischer Wille, die Apartheidsregierung um jeden Preis zu stützen, weil sich am Kap der Kampf gegen den angeblichen Kommunismus in Afrika entscheide.»[1]

Einer, der diese Ideologie besonders (finanz-) kräftig verbreitete, war Ems-Chef Christoph Blocher. 1982 gründete er die «Arbeitsgruppe südliches Afrika» (ASA), deren Präsident der damalige Nationalrat von 1982 bis 1990 war. Die Losung des Vereins: lieber Apartheid als Kommunismus.

BARACKEN UND WELLBLECHHÜTTEN

Zu Blochers Arbeitsgruppe zählten hohe Militärs, Unternehmer und Politiker wie etwa Divisionär Hans Wächter, Peter Sulzer von der Winterthurer Sulzer-Dynastie, FDP-Nationalrat Ulrich Bremi oder der Thurgauer FDP-Ständerat und Saurer-Chef Hans Munz. Als Sekretär heuerte Blocher Ulrich Schlüer an. Der SVP-Politiker hat seine Sporen als Sekretär der «Republikanischen Bewegung» des Rechtspopulisten James Schwarzenbach abverdient. Interessant: Heute tritt Schlüer gemeinsam mit Blocher im neugegründeten Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» gegen Europa und die EU an. Die Apartheidsfreunde und Antikommunisten von damals sind die Abschottungsfreunde und Fremdenfeinde von heute. Sie fordern auch ein neues Saisonnierstatut. Dieses menschenverachtende Statut der 1970er Jahre war die Schweizer Art von Apartheid: Baracken am Gotthard – Wellblechhütten in Soweto. Beiden Konzepten liegt die Vorstellung von Menschen zweiter Klasse zugrunde.

Kind am Strand von Durban, 1960. Bank reserviert für Weisse. Foto: Dennis Lee Royle/Keystone

EUROPEANS

Von Menschen ohne Menschenrechte. Die Kontinuität dieser Ausgrenzung springt ins Auge. Es lohnt sich also, die früheren Argumente anzuschauen, um die heutige SVP-Politik zu verstehen. work hat die 180 Bulletins von Blochers Arbeitsgruppe gesichtet.

Sie gingen zwischen 1982 und 2001 an mehrere Tausend Adressen in der Schweiz. 1984 war im Bulletin zu lesen: Erst müssen sich die Schwarzen von «grossen Tabus (Animismus)» lösen, bevor der Aufbau Südafrikas gelingen kann. Im Klartext: Alle Schwarzen sind abergläubisch, also keine Christen. 1985 vermeldet das Pamphlet offen rassistisch, die Schwarzen hätten «nur in Ausnahmefällen eine Begabung zu mittel- und langfristigem Denken, Planen und Organisieren».

Das Saisonnierstatut war die Schweizer Art von Apartheid.

Pio Eggstein, ein Banker der Kreditanstalt (heute CS), findet, Demokratie sei den Schwarzen fremd. An einem Seminar der Arbeitsgruppe (an dem auch der «NZZ»-Auslandredaktor Jürg Dedial teilnimmt), doppelt Eggstein nach: Das allgemeine Stimmrecht würde nur «machtlüsternen Cliquen ohne Kompetenz in den Sattel verhelfen». Ohne weisse Führung gebe es in Südafrika keinerlei wirtschaftliche Entwicklung. Schlüers Bulletin zitiert auch gerne Robert Holzach, den Chef der Bankgesellschaft (heute UBS). Der rechtfertigt Kredite an den Apartheidsstaat mit dem Argument, das Geld diene der Schaffung von Arbeitsplätzen für die schwarze Bevölkerung.

«TERRORIST MANDELA»

Obwohl Blochers Arbeitsgruppe behauptete, für mehr Rechte der «nichtweissen» Bevölkerung einzutreten, liess ihre Kampfschrift keine Gelegenheit aus, das Prinzip «one man, one vote» (ein Mensch, eine Stimme) zu diffamieren. Südafrika könne nicht «mit überzogenen Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit aus Europa» verglichen werden, schreibt das Kampfblatt. Das allgemeine Wahlrecht sei wegen des «gewaltigen Kultur- und Zivilisationsgefälles» nicht tauglich. Blocher selber sagte 1989 in einem Interview mit der «Schweizer Illustrierten», das allgemeine Wahlrecht «würde Südafrika ökonomisch und sozial innert kürzester Zeit in ein Chaos stürzen».

Die blutige Unterdrückung am Kap verharmlosen Blochers Apartheidsfreunde 1984 etwa so: die «kleine Apartheid» im Alltag (etwa für Weisse reservierte Sitzbänke usw.) sei beseitigt und damit der «Kern der Apartheid» abgeschafft. Als 1985 in den schwarzen Townships Unruhen ausbrachen, spielte Ulrich Schlüer sie als Konflikte unter rivalisierenden Jugendbanden herunter.

Nelson Mandela taucht in Blochers Bulletins stets als «Terrorist» auf. Und seine Bewegung, der African National Congress (ANC), als «ausgewachsene terroristische Vereinigung». Noch als Mandela 1990 aus dem Gefängnis kam, spielte Schlüers Bulletin die Bedeutung des Freiheitskämpfers herunter. Das tut heute, nach dem Tod Mandelas, Schlüers Zwillingsbruder im Geiste, Christoph Blocher, immer noch.

[1] Wochenzeitung (WOZ) vom 12.12.2013.

Studenten bei der Beerdigung des Mitstudenten Philemon Tloana, der bei Auseinandersetzungen mit der Polizei gestorben war. Johannesburg, 1977. Foto: anonym/AP/Keystone

THE TREE
LIBERTY GRO
WELL WHEN
IT IS WATERED
BY BLOOD
KILLING

Baracken von heute

Ganz unten – in der reichen Schweiz

Barackenelend – das war früher: Stimmt nicht. Auch heutige Kurzaufenthalter müssen manchmal erbärmlich hausen. Zum Beispiel die bosnischen Schweisser, die in Bern die Kehrichtverbrennungsanlage der Stadt bauten.

Matthias Preisser

Bernstrasse 140 in der Berner Vorortsgemeinde Ostermundigen: Dass das Mehrfamilienhaus mit der fleckigen Fassade noch bewohnt ist, zeigt nur der überquellende Abfallcontainer. Und die von Hand geschriebenen Namensschilder an der rostenden Briefkastenanlage.

Überall Müll. Die Haustür steht offen: Ich gehe rein und verstehe, weshalb: Ein beissender

Flecken überall. Statt des Lichtschalters hängen nackte Stromkabel.

Geruch nach Schimmel und tierischen Exkrementen steigt mir in die Nase. Vorbei an zerschlissenen Möbeln, Elektroschrott und anderem Müll im Kellergeschoss gelange ich in die Waschküche. Dort hat es fast keinen Platz, um Wäsche zu trocknen. Dafür türmt sich der Abfall bis unter die Decke.

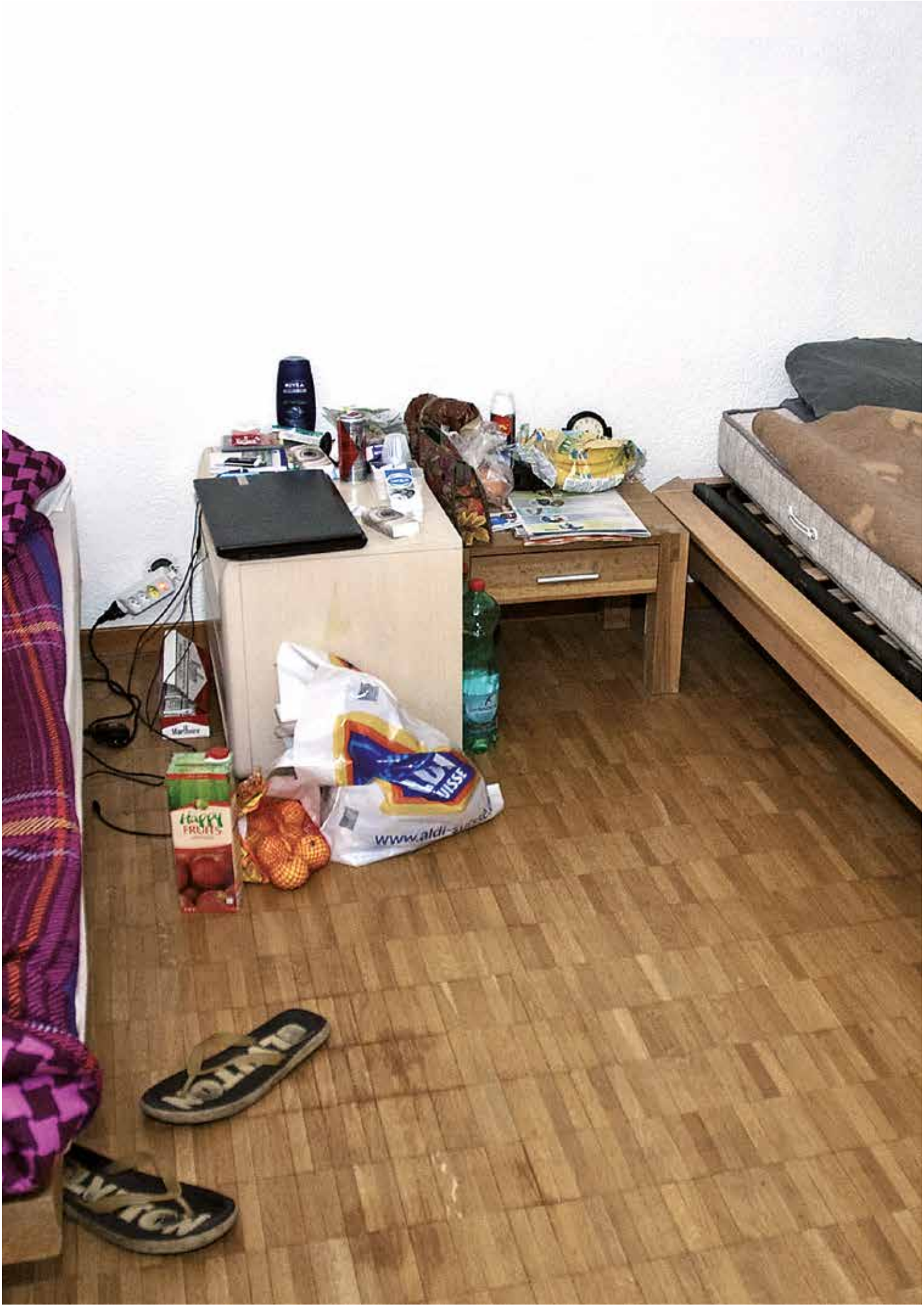
In diesem Haus hat die bosnisch-slowenische Firma RM-LH dreizehn Schweisser und Schlosser aus dem ehemaligen Jugoslawien einquartiert. In drei Dreizimmerwohnungen. Rund vierzig Arbeiter von RM-LH schweissen das Rohrsystem in der Kehrichtverbrennungsanlage der Stadt Bern zusammen. Teil des Prestigeprojekts Forsthaus West. Der Bau kostet eine halbe Milliarde Franken. Bauherrin ist das öffentliche Elektrizitätswerk Energie Wasser Bern (EWB).

Einer der Schweisser öffnet mir die Tür. Er ist soeben von der Büez nach Hause gekommen, es ist halb sieben. In der möblierten Dreizimmerwohnung sind fünf Männer untergebracht. Zwei im einen Schlafzimmer, drei im anderen. Massenlager, Matratzenlager: Flecken überall. Statt des Lichtschalters hängen nackte Stromkabel. Im Gang kein Licht. Ein Loch im Parkett. Vor einem Einbauschrank lose die Türen. Ein Stuhl mit Klebeband zusammengeflickt, der Fernseher fällt fast auseinander.

SO ETWAS NOCH NIE ERLEBT

Er sei schon seit Jahrzehnten auf Montage, sagt einer der Schweisser, in ganz Europa. «Aber so etwas habe ich noch nie erlebt. Ausgerechnet in der schönen Schweiz!» Der Vermieter ist Schweizer und verlangt pro möblierte Dreizimmerwohnung mehr als 2000 Franken. Am Telefon sagt er mir, weil er die Wohnungen ohne Kündigungsfrist nach Bedarf vermiete, müsse er «touristische Preise» verlangen. Dem Architekten und Planer rentiert es: Er wohnt im steuergünstigen Muri, hat das Büro in einem Berner Villenquartier und ein Chalet in Gstaad.

Ein bisschen «Privatsphäre» auf dem Nachttisch.
Foto: Matthias Preisser


HAPPY FRUITS
ALDI VISSE
www.aldi-

Italienische Arbeiter beim Bau der Bahnhofunterführung Zürich, 1960er Jahre. Foto: Jürg Hassler/Gretlers Panoptikum, Zürich

RUSSISCH LEDER
NORD

Schweizer Bauern und ihre Erntehelfer

So kamen die «Jugos» zu uns

Die SVP will für ihre Bauern Erntehelfer zu Dumpinglöhnen. Der Bauernverband holte sie sich in Jugoslawien, bei Marschall Tito.

Ralph Hug

Zwei Tage lang sitzen die Landarbeiter in einen Extra-Eisenbahnwagen eingepfercht. Sie fahren von Belgrad bis nach Buchs SG: Einige Saisonniers sind zum Weggehen gezwungen worden. Etliche sind Analphabeten. Kaum einer weiss, was ihn in der Schweiz erwartet. Keiner spricht Deutsch. Sie wissen nicht, wohin sie kommen. Den Namen ihres künftigen Chefs kennen sie nicht. So schildert es der Zürcher Historiker Lukas Mäder. Er hat die Arbeitsmigration aus Südosteuropa erforscht.[1] Ein bis heute wenig bekanntes, aber dunkles Stück Schweizer Geschichte.

JUGOSLAWIEN EXPORTIERT

Ab 1964 kommen jährlich etwa 300 Saisonniers aus Jugoslawien in die Schweiz. Noch hält Marschall Josip Broz Tito den sozialistischen Vielvölkerstaat fest im Griff. Und er ist am Deal mit der Schweiz interessiert: Jugoslawien hat viele Arbeitslose, vor allem im «armen» Kosovo. Leute ohne Arbeit sind in Titos Sozialismus aber nicht vorgesehen. Da kommt es den Belgrader Bürokraten gerade recht, wenn sie sie «exportieren» können.

Umgekehrt brauchen die Schweizer Bauern dringend neue, billigere Knechte und Erntehelfer. Die Italiener, Spanier und Portugiesen «rentieren» nicht mehr: Sie sind ihnen zu teuer. Der Bauernverband meldet also Bedarf beim Bund an.

Fast jeder Wunsch geht in Erfüllung: Bereitwillig besorgen die jugoslawischen Staatsstellen die Anwerbung in Serbien, Kosovo und Mazedonien. Im März oder April ist Einreise, im Dezember müssen die Landarbeiter wieder zurück. So funktioniert das Saisonnierstatut in der Schweiz bis ins Jahr 2002: Einreisen, Chrampfen, Ausreisen. Neun Monate ohne Rechte, ohne Familie, ohne Unterstützung.

SCHACHER AM BAHNHOF

Buchs im Kanton St. Gallen: Grenzsanitarische Untersuchung, Anstehen in Einerkolonne. Die Ärzte prüfen auf Tuberkulose und Syphilis. Die Buchser Bahnhofhilfe ist schockiert: «Das kommt uns wie ein Sklaventransport vor», gibt sie dem «Tages-Anzeiger» zu Protokoll. Von Buchs geht es dann weiter im Zug oder im Car. Der Bauernverband hat Listen, welcher jugoslawische Landarbeiter zu welchem Schweizer Bauern kommt und wo er aussteigen muss.

Im Thurgau holen die Bauern «ihre» Saisonniers in Weinfelden ab. In Luzern werden die Jugoslawen hinter dem Hauptbahnhof in aller Öffentlichkeit verteilt. Die Bauern, die zuerst kommen, können auslesen. Als dieses Schachern wie auf einem Viehmarkt in die Kritik der Öffentlichkeit kommt, verlegt man die Verteilaktion in einen Saal in Emmenbrücke.

Kaum ein Saisonnier weiss, was ihn in der Schweiz erwartet. Als Ungelernte haben es die Landarbeiter auf den Höfen schwer. Bis sie selbständig melken, füttern und Traktor fahren können, dienen sie als Knechte. 14 Stunden lang und mehr pro Tag. Und am Monatsende gibt es rund vierhundert Franken. Bei der Lohnauszahlung herrscht oft reine Willkür:

Gewisse Bauern «vergessen» die Überzeit oder ziehen zu viel für Kost und Logis ab. Kontrollen gibt es kaum. Als sich herumspricht, dass die italienischen und spanischen Knechte mehr verdienen, und jugoslawische Landarbeiter den gleichen Lohn fordern, spricht der Bauernverband von «Lohntreibern».

HEIMWEH UND SCHIKANEN

Die Knechte sind auf den verstreuten Höfen isoliert, allein und voller Heimweh. Pro Betrieb gibt

Ankunft der ersten Gruppe jugoslawischer Landarbeiter aus Serbien, Bahnhof Buchs SG, 9. Mai 1964.
Foto: Keystone/Photopress-Archiv/Grunder

76

es meist nur einen Saisonnier. Am freien Tag besuchen sie einander, mit dem Velo fahren sie kilometerweit, um Landsleute zu treffen.

Schikaniererereien gehören zum Alltag: Der jugoslawische Knecht darf nicht am Familientisch essen, sondern muss es alleine in einer Ecke tun. Ausserdem erhält er nur die Resten. Wo er untergebracht ist, hat es keine Toilette. Der Bauer weigert sich aber dennoch, ihm einen Nachttopf zur Verfügung zu stellen. Der Bauernverband muss gewisse besonders brutale Bauern sogar sperren.

SCHWEINEFLEISCH-TERROR

Die meisten jugoslawischen Landarbeiter sind Muslime. Sie essen kein Schweinefleisch. Viele Schweizer Bauern sind nicht bereit, darauf Rücksicht zu nehmen. Mehr noch: Einige machen sich einen Spass daraus, ihre Knechte zu belügen, servieren ihnen Geschnetzletes oder Koteletts und behaupten, es sei Kalbfleisch. Oder sie panieren

Der Knecht muss alleine in einer Ecke essen.

das Fleisch. Historiker Mäder erzählt: Ein Schweizer Bauer tischt Schweinefleisch auf, der Knecht isst es. Da fragt der Bauer: «Gut?» Und der Knecht antwortet: «Prima, gute Fleisch!» Und der Bauer: «Ist Schwein …»

Im Emmental kommt es 1964 sogar zu einem Streik. 18 Saisonniers aus Mazedonien wollen sofort nach Hause, weil sie nur Schweinefleisch zu essen bekommen. Und weil sie in Sauställen arbeiten müssen. Aufgebracht versammeln sie sich in Lützelflüh. Ein Vertreter der jugoslawischen Botschaft eilt herbei. Er will seine Landsleute beschwichtigen. Doch die lassen sich nicht beruhigen, sie wollen nach Hause. Sie verweigern die Nahrung, essen nur noch Käse und Brot, bis sie schliesslich ein Retourbillett bekommen.

Nachtrag: Das Saisonnierstatut in der Schweiz fiel erst 2002, im Zuge der Vorbereitungen für die Personenfreizügigkeit. Während Jahrzehnten hatten die Gewerkschaften und die Linken das Statut bekämpft. Im September 1990 demonstrierten dagegen 20 000 Menschen auf dem Bundesplatz in Bern. Es war die grösste Demonstration seit vielen Jahren.

Und sie hatte Folgen. Erst schafften die Schweizer Behörden die grenzsanitarische Untersuchung ab. Dann lockerten sie das Recht auf Familiennachzug. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich Saisonniers oft zwanzig Jahre oder länger gedulden müssen, um das Recht auf eine Jahresbewilligung zu bekommen. Erst dann konnten sie Frau und Kinder in die Schweiz holen. Die SVP will das Saisonnierstatut jetzt wiedereinführen.

[1] Lukas Mäder, Jugoslawische Landarbeiter bei Schweizer Bauern. Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, 2007.

Einreise von Saisonniers, Buchs, März 1991.
Foto: Christine Seiler/Schweizerisches Sozialarchiv/GBI

Typische Küche

Was wäre die Schweiz ohne Pizza?

Zuwanderung geht durch den Magen: Das zeigt die Geschichte der Schweizer Esskultur.

Marie-Josée Kuhn

Erinnern Sie sich noch an die Schweizer Pizza? An diese zähe Kuchenteigwähe, die mit dicken Scheiben saftender Tomaten belegt und mit Emmentaler oder Greyerzer überbacken war? Dann müssen Sie über 45 Jahre alt sein! Und haben die Zeit miterlebt, als es in der Schweiz noch kein Olivenöl gab. Niente Mozzarella, Parmesan, Espresso, Panettone und auch keine Pelati. Damals trank die Schweiz durchsichtigen (Melitta-)Filterkaffee, ass bäuerlich schwer (Kohlrabi an einer weissen Mehlsauce), viel Anken und Rahm, Züpfe, Sauerkraut, Rüebli und Chabis, Kartoffeln. Ab und zu vielleicht Ravioli aus der Büchse oder Tomatenspaghetti mit Tomatenpuree (dieses kleine rote Büchsli von Hero!). Das Spaghettirezept seiner Grossmutter beschreibt der ehemalige SP-Präsident Helmut Hubacher in seinem Buch «Tatort Bundeshaus» so: «Man nimmt Spaghetti, legt sie ins Salzwasser, mischt Tomatenpuree und geriebenen Käse hinzu und kocht das Ganze etwa eine Stunde ‹pludderweich›.» Kein Wunder notiert Hubacher: «Der Eintopf schmeckte scheusslich.»

LA DOLCE VITA

Die Zürcher Historikerin Sabina Bellofatto, auch eine Seconda, erforscht den Einfluss der italienischen Migration auf die Essgewohnheiten in der Schweiz.[1] Ihr Fazit: «Mit der italienischen Einwanderung kam es darum nicht automatisch zur Verbreitung der italienischen Küche, weil die wachsende Fremdenfeindlichkeit sie bremste.» Zwar hätten sich italienische Produkte parallel zum Einwanderungsboom ab den 1950er Jahren schnell verbreitet. Doch gleichzeitig begann ein Teil der Schweizer Bevölkerung insbesondere zwischen 1960 und 1970, die «Tschinggen» als Bedrohung zu empfinden. Mit seiner fremdenfeindlichen Politik schürte der Rechtspopulist James Schwarzenbach die «Angst vor der Überfremdung».

Auf ein bisschen Italianità wollten die Schweizerinnen und Schweizer aber nicht verzichten. Schliesslich konnten es sich inzwischen immer mehr Familien leisten, in Italien Ferien zu machen. Ab Mitte der 1950er Jahre entwickelte sich der Massentourismus nach Italien. Rimini und Riccione an der Adria wurden zum Inbegriff moderner Badeferien für die Schweizer Familie. Der Lebensmittelhandel in der Schweiz habe die «Dolce Vita» und die Ferienerinnerungen aufgenommen, um seine Produkte besser vermarkten zu können, so Historikerin Bellofatto. Plötzlich hiessen die Produkte bei der Migros «Sugo», «Cara mia» oder «Napoli», sie wurden aber in der Schweiz hergestellt. Die Schweizer Produkte und die Schweizer Küche wurden damals nur ein wenig italianisiert. Mit der Assoziation «Italien» verkauften sie sich besser, hatten aber mit der italienischen Küche wenig zu tun. So musste das erste italienische Kochbuch der Schweizer Nationalköchin Betty Bossi noch 1987 erklären, was Olivenöl und was Mozzarella sei. Die Produkte der eingewanderten Italos fanden sich allmählich auch in den Schweizer Küchen.

PANETTONE IM SUPERMARKT

Heute belegt die Schweiz beim Pastaessen den dritten Platz hinter Griechenland und Italien. Und viele unserer Teigwaren heissen nicht nur italienisch, sie sind auch aus Italien: aus Hartweizen hergestellt und ohne Eier. Die mediterrane Küche ist zu unserer eigenen Küche geworden. Olivenöl statt Butter und Schweineschmalz helfen auch dem Herzen, gesund zu bleiben. Zum Durchbruch der Küche des Südens beigetragen haben auch

Die Pizza als globales italienisches Kulturerbe.
Foto: stockcreations

die vielen Pizzerie, die Anfang der 1970er Jahre und wieder in den 1980ern wie Pilze aus dem Boden schossen. Dieser Boom hatte auch mit der Stabilisierung der Aufenthaltsbewilligungen für italienische Arbeitskräfte zu tun. Italienische Lebensmittelläden und Restaurants hingegen eröffneten die Einwanderer bereits während der ersten Migrationswelle. Zuerst als Einkaufsmöglichkeit und Treffpunkt für die Migrantinnen und Migranten selber. So zum Beispiel das älteste Restaurant Zürichs, das «Cooperativo»,

Die mediterrane Küche ist zu unserer eigenen Küche geworden.

das seine Türen bereits 1905 öffnete. Das «Copi» war erst Treffpunkt der antifaschistischen Migration, dann Versammlungsort der Schweizer Linken und der Gewerkschaften. Jene 68er, die sich nach Italien orientierten, taten das Ihre, um Pasta und Chianti (jenen in der Korbflasche) zu verbreiten. Zusammen mit einer Canzone mundeten sie noch besser. Lucio Dalla und Francesco De Gregori singen es im Duett: Un gelato al limon. «Ah, hab keine Angst, dass alles schon zu Ende ist, dieser Mann wird dir noch so viel geben. Und ein gelato al limon, gelato al limon, gelato al limon, während ein weiterer Sommer vergeht…»

Zuwanderung geht durch den Magen. Das zeigt sich auch an den Regalen im Coop und in der Migros. Irgendwann wanderten die italienischen Spezialitäten vom Italo-Laden direkt in den Supermarkt. Vor Weihnachten türmen sich dort Berge von Panettone. Was also wäre die Schweiz ohne Pizza und Pasta? Ohne Kebab, Feta, Falaffel, Paella, Thai-Curry und ohne Frühlingsrollen? Zuwanderung und Ferien sei Dank, frisst der Schweizer Bauer inzwischen auch, was er nicht kennt. Und die Bäuerin erst recht.

[1] Sabina Bellofatto: Buon appetito Svizzera! Die Akkulturation der italienischen Küche in der Schweiz seit den 1960er Jahren im Spiegel der italienischen Migration.

Im «Copi» Zürich, seit 1905 Heimat von Emigranten und Antifaschisten aus Italien. Später wichtige Integrationshilfe für Italiener aus dem Süden. Foto: Willy Spiller, 1971

Unser Ziel ist eine Gesell-
schaft, in der sich jeder Mensch
nach seinen Neigungen und
Fähigkeiten frei zu entfalten
vermag.
über die Schranken der heu-
tigen Ordnung hinaus neue
Formen der Gemeinschaft zu
verwirklichen.
SP
Carlsberg

Vom Kontingentierungssystem
zur Personenfreizügigkeit

Kein Zurück zur Diskriminierung

Das Ja der Gewerkschaften zur Personenfreizügigkeit plus mehr Arbeitnehmerschutz ist eine historische Errungenschaft.

Paul Rechsteiner, SGB-Präsident

Nach dem knappen Ja zur sogenannten Masseneinwanderungsinitiative der SVP am 9. Februar droht der Schweiz ein Rückfall in die Zeit vor den bilateralen Verträgen mit der EU. In ein fremdenpolizeilich gesteuertes Kontingentierungsregime. Mit den bilateralen Verträgen übernahm die Schweiz die auf europäischer Ebene geltende Personenfreizügigkeit. Weil es dabei um grundsätzliche Fragestellungen geht, die in ihrer Bedeutung gar nicht überschätzt werden können, werde ich vor den Überlegungen zur Zukunft einen Blick zurück in die Vergangenheit werfen.

KAMPFBEGRIFF ÜBERFREMDUNG

Die Schweiz war in langen wirtschaftlichen Prosperitätsphasen stets ein Einwanderungsland: von 1890 bis 1914 und von 1946 bis 1974, allerdings mit grossen Unterschieden.

Zu Beginn der 1890er Jahre wandelte sich die Schweiz erstmals vom Aus- zum Einwanderungsland. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Wohnbevölkerung erreichte bis 1914 16 Prozent, in den Städten weit mehr.

Bis 1914 galt der Grundsatz des freien Personenverkehrs. Die Gewerkschaften waren internationalistisch orientiert. Um 1900 hatten rund die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder einen ausländischen Pass. Einwanderer wie der im deutschen Breslau geborene Sozialdemokrat Herman Greulich spielten in der Gewerkschaftsbewegung eine zentrale Rolle.

Ebenfalls um 1900 tauchte der Begriff der Überfremdung erstmals in einer Kampfschrift auf. 1914 fand er Eingang in einen behördlichen Bericht, und 1931 wurde der «Grad der Überfremdung» Teil der neuen Schweizer Ausländergesetzgebung. Die reaktionäre Begriffsbildung richtete sich von Anfang an gegen die Arbeiterbewegung, besonders aber nach dem Generalstreik von 1918.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sowohl die behördliche als auch die gewerkschaftliche Politik völlig anders als jene vor 1914. Die Fremdenpolizei war jetzt das massgebende arbeitsmarktliche

Zu Beginn der 1890er Jahre wandelte sich die Schweiz zum Einwanderungsland.

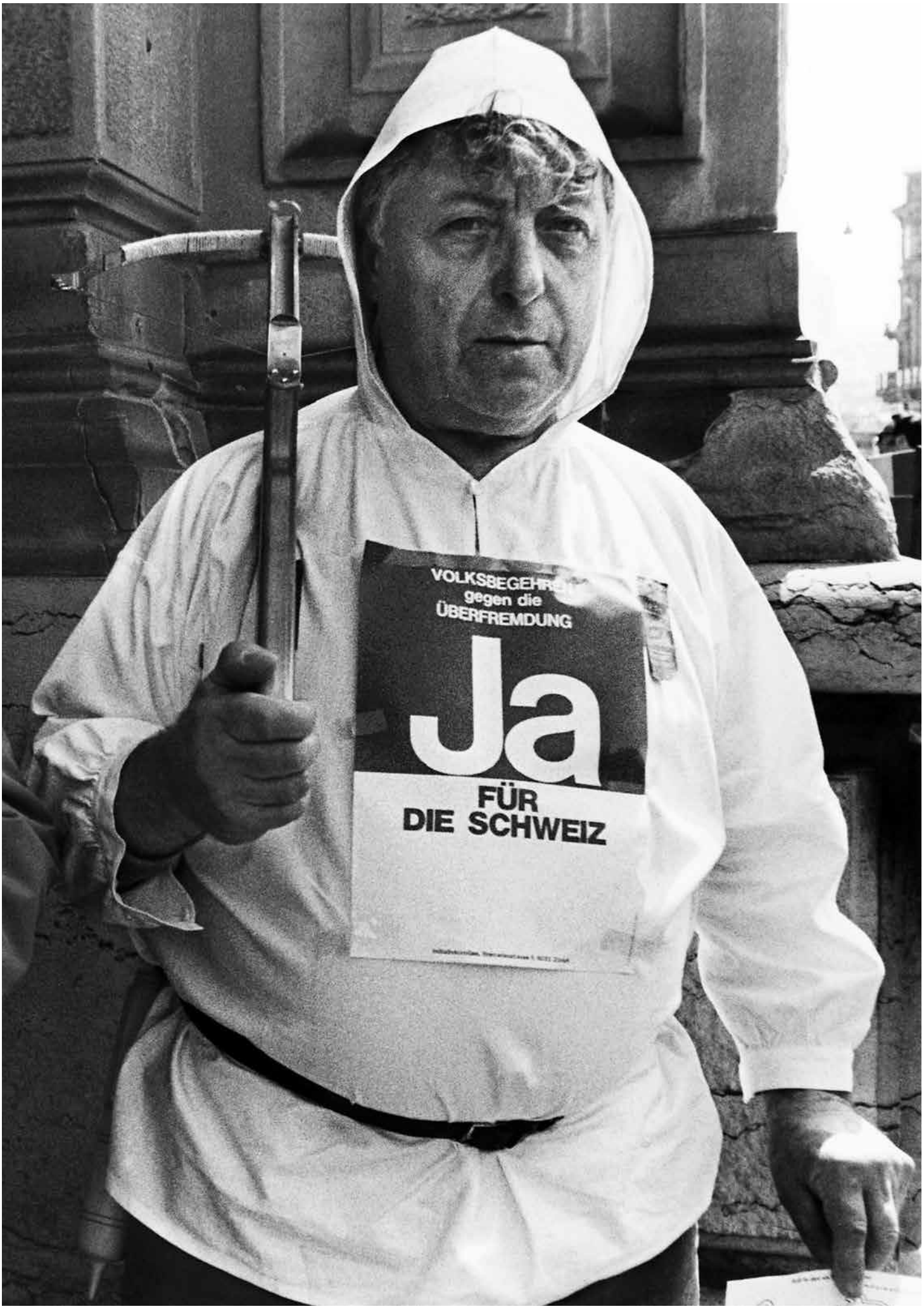
Steuerungsinstrument. Die Gewerkschaften verlangten zunächst «Priorität für die einheimischen Arbeitskräfte», im Laufe der 1950er Jahre zunehmend auch Zulassungsbeschränkungen. Dazu forderten sie strikte fremdenpolizeiliche Kontrollen. Gewerkschaftliche Resolutionen und Reden nannten wiederholt das Ziel der «Abwehr der Überfremdung».

In den 1960er Jahren gewannen die rechtsaussen stehenden «Überfremdungsgegner» immer mehr Einfluss. In dieser Zeit setzte sich die vom Gewerkschaftsbund geforderte Kontingentierungspolitik offiziell durch.

Die Gewerkschaften waren in Abstimmungskämpfen eigentlichen Zerreissproben ausgesetzt. Dies vor allem bei der Schwarzenbach-Initiative von 1970 (54 Prozent Nein, bei einer Männer-Stimmbeteiligung von 74 Prozent). Die Gewerkschaften waren hin und her gerissen zwischen der Forderung nach einer Herabsetzung der Kontingente und jener nach der Gleichbehandlung und Integration der ausländischen Arbeitnehmenden. Der arbeitsmarktpolitische Begriff der Überfremdung wurde dabei fast zwangsläufig zu einem kulturellen. Er richtete sich damals vor allem gegen die Süditaliener.

Dieses Hin und Her blieb jahrzehntelang prägend, auch wenn zum Beispiel die 1974 lancierte

Befürworter der Schwarzenbach-Initiative, 1970.
Foto: Keystone


VOLKSBEGEHREN
gegen die
ÜBERFREMDUNG
Ja
FÜR
DIE SCHWEIZ

«Mitenand»-Initiative für eine offenere Migrationspolitik andere Forderungen in die öffentliche Diskussion brachte. So die nach Abschaffung des Saisonnierstatuts.

Erst in den 1990er Jahren sprach sich der Gewerkschaftsbund schliesslich für die Personenfreizügigkeit aus. Allerdings nur in Verbindung mit einem neuen, nichtdiskriminierenden Arbeitnehmerschutz. Vorangegangen war dabei die Baugewerkschaft GBI (heute Teil der Unia) mit ihrem hohen Anteil von Migranten.

DESOLIDARISIERUNG

Eine umfassende Bewertung des bisherigen fremdenpolizeilichen Systems und seiner Folgen aus gewerkschaftlicher Sicht fehlt bisher. Sicher ist aber, dass das fremdenpolizeilich gesteuerte System in verschiedenen Branchen zu gezielter Unterschichtung und einer krassen Niedriglohnpolitik führte. Die Folge: eine systematische Desolidarisierung, die sich auf alle Arbeitnehmenden auswirkte. Die Diskriminierung der Migranten zog auch die Löhne der Inländer in der Branche nach unten.

Es ist übrigens offen, ob die damalige Kontingentierung die Zuwanderung überhaupt eingeschränkt hat. Die Wanderungsbewegungen folgten auch unter der Kontingentierung unmittelbar der Wirtschaftsentwicklung.

Verheerend waren die gewerkschaftspolitischen Auswirkungen dieser Politik. Die dadurch verursachte Klassenspaltung übersteigt in ihrer Tragweite die parteipolitischen Spaltungen der Arbeiterbewegung bei weitem. Die mit der Kontingentierung verbundene Verschränkung der sozialen mit der nationalen Frage machte die (fremden) Menschen zum Problem statt die Arbeitsbedingungen. Sie trieb einen Keil zwischen die Arbeitnehmenden und untergrub die Solidarität. Doch Solidarität ist eine Voraussetzung, wenn man Verbesserungen für alle Arbeitnehmenden erreichen will.

Die Politik der Kontingentierung setzte Marktgesetze voraus und behauptete, eine Verknappung des «Arbeitskräfteangebotes» helfe allen «Marktteilnehmern». Sie übersah, dass die Arbeitsbedingungen und die Löhne nicht einfach eine Marktfrage sind, sondern vor allem eine Machtfrage. Die zu tiefen Löhne der Frauen sind dafür ein krasses Beispiel.

Es gehört zum gewerkschaftlichen Einmaleins, dass der gemeinsame Kampf für Gesamtarbeitsverträge die Arbeitsbedingungen verbessert. Begreift man die Auseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen als Machtfrage, so geht es darum, die Voraussetzungen für diese Auseinandersetzung zu verbessern. Die nationalistische

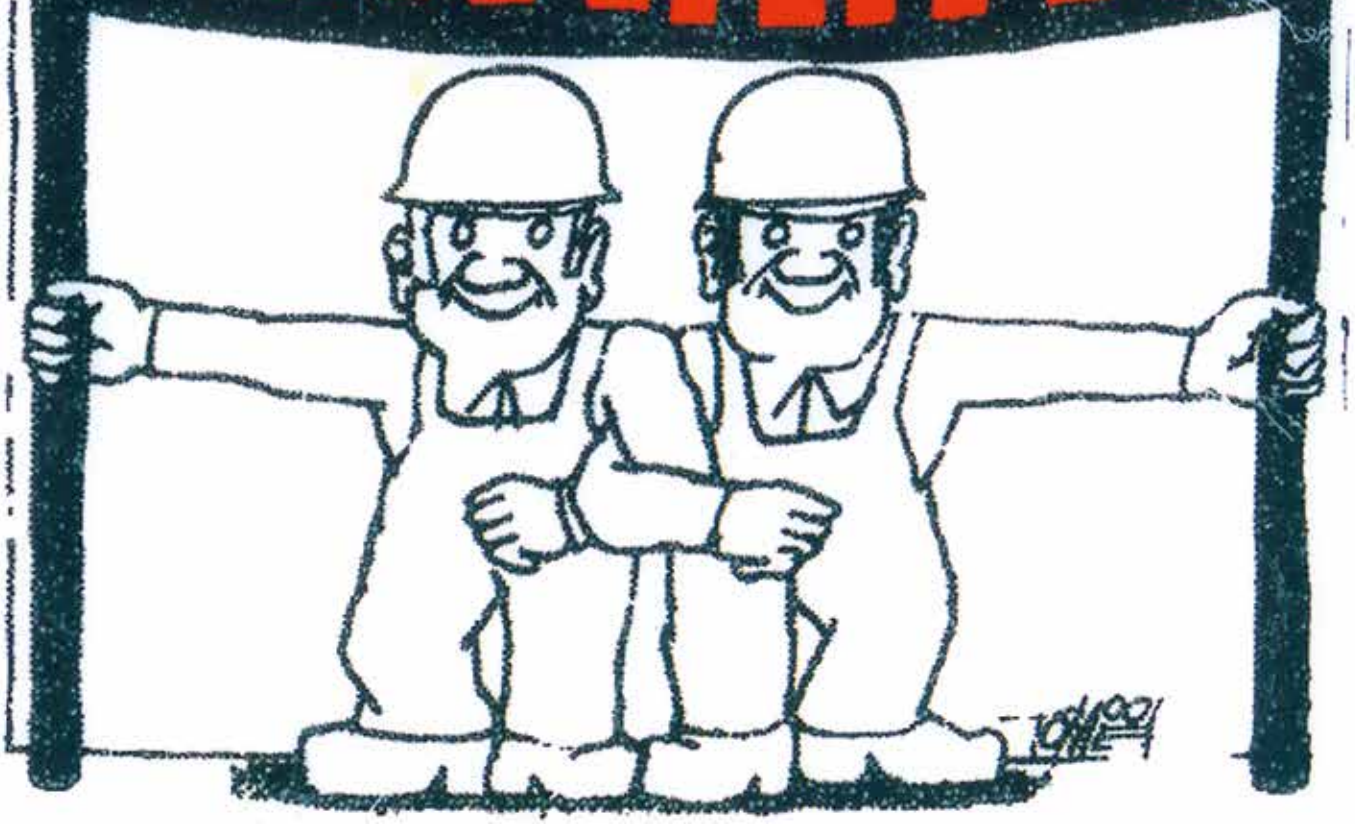
Die Arbeitsbedingungen und die Löhne sind nicht einfach eine Marktfrage, sondern vor allem eine Machtfrage.

Politik der Kontingentierung war für die Gewerkschaften eine Falle, die sie jahrzehntelang gelähmt hat und zur Gegnerin ihrer Interessen werden liess.

Die Gewerkschaften spielten beim Zustandekommen der bilateralen Verträge (inkl. Personenfreizügigkeit) eine entscheidende Rolle. Aus dem Nein zum EWR von 1992 hatten sie gelernt. Deshalb verlangten sie als Bedingung für das Ja zur Personenfreizügigkeit neue, nichtdiskriminierende Massnahmen zum Schutz der Löhne. Seither gibt es in der Schweiz die sogenannten flankierenden Massnahmen. Zwar konnten nicht alle Gewerkschaftsforderungen durchgesetzt werden. Doch es gelang die Einführung eines in der Schweiz zuvor undenkbaren Systems zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Löhne. Bund und Kantone führten sogenannte tripartite Kommissionen ein. Sie beobachten und kontrollieren die Arbeitsbedingungen. Kommt es zu Lohndumping müssen sie einschreiten. Verbessert wurden auch die Möglichkeiten zur sogenannten Allgemeinverbindlicherklärung von

Sticker zur «Mitenand»-Initiative, 4. April 1981.
Foto: Schweizerisches Sozialarchiv/GBI

MITE AND INITIATIVE



Gesamtarbeitsverträgen. Bei wiederholtem Lohndumping kann der Bundesrat einen Gesamtarbeitsvertrag für die ganze Branche gültig erklären. Wo Verträge fehlen, gibt es neu auch die Möglichkeit zur Einführung von staatlichen Mindestlöhnen (sogenannter Normalarbeitsvertrag). Ein prominentes Beispiel dafür sind die neuen nationalen Mindestlöhne in der Hauswirtschaft.

MEHR GESAMTARBEITSVERTRÄGE

Im widrigen und neoliberal geprägten Umfeld gerät der Arbeitnehmerschutz weltweit und in Europa immer mehr unter Druck und wird abgebaut. In der Schweiz jedoch gelang es uns, den Abdeckungsgrad der Gesamtarbeitsverträge zu verbessern. Es ist den Gewerkschaften über alles gesehen gelungen, mit Gesamtarbeitsverträgen und Mindestlohnkampagnen ein Absinken der tiefen Löhne zu verhindern. Besonders ausgeprägt waren die Fortschritte in früheren Tieflohnbranchen, den einstigen Saisonnierstatutbranchen wie etwa dem Bau. Oder dem Gastgewerbe. Das ist ein Erfolg.

Weniger erfreulich ist und bleibt das Risiko von Lohndumping und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Sie werden leider nicht überall mit der nötigen Entschiedenheit bekämpft. So hat es etwa der Chef des kantonalzürcherischen Arbeitsamtes, der für den Vollzug der flankierenden Massnahmen zuständig wäre, fertiggebracht, diesen Schutz als «schädliche Überregulierung» zu bezeichnen.

Fatal war vor dem 9. Februar 2014 auch die plötzliche Weigerung des Arbeitgeberverbandes, über die Verbesserung der flankierenden Massnahmen weiterzuverhandeln. Bei früheren Abstimmungen über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit hatte man die Bereitschaft, Missstände zu bekämpfen, jeweils mit neuen flankierenden Massnahmen konkret unter Beweis gestellt.

Es muss uns bewusst sein, dass die Gewerkschaften auch in den kommenden Auseinandersetzungen wieder eine Schlüsselrolle spielen können. Denn im Ja zur SVP-Initiative kamen nicht nur eine ausländerfeindliche Grundstimmung zum Ausdruck, sondern auch enorme soziale Ängste. Volksabstimmungen werden letztlich von den arbeitenden Menschen entschieden. Auf soziale Ängste braucht es auch soziale Antworten.

Wir Gewerkschaften treten deshalb für die Weiterführung der bilateralen Verträge ein. Sie bleiben der Schlüssel für ein geregeltes Verhältnis zu Europa. Wir bekämpfen aber auch jede neue Diskriminierung. Die Gewerkschaften sind die wichtigste und stärkste Organisation, in der die Menschen unabhängig von Herkunft, Farbe und Pass organisiert sind. Sie stehen für

Es bleibt das Risiko von Lohndumping.

die reale Schweiz in ihrer Vielfalt. Der Rückfall in eine Kontingentspolitik, ein neues Saisonnierstatut wäre nicht nur volkswirtschaftlich dumm. Er wäre auch gesellschaftlich und politisch ein historischer Rückschritt um Jahrzehnte.

Und es braucht neue soziale Antworten auf die sozialen Probleme. Wir fordern deshalb mehr Lohnschutz. Der Kampf gegen Lohndumping muss endlich überall ernst genommen werden.

Schliesslich braucht es dringend Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und solche gegen die Diskriminierung älterer Beschäftigter. Künftige Volksabstimmungen werden sich daran entscheiden, ob diese Antworten auf die sozialen Probleme glaubwürdig sind. Für die Zukunft der Schweiz steht Entscheidendes auf dem Spiel.

Nationale Demonstration gegen Lohndumping und Rentenklau, Bern, 21. September 2013. Foto: Unia

112
UNIA
UNIA
UNIA
UNIA
lumping und Re
ing salarial et a

Peter Bichsel über die Schweiz

«Demokratie ohne Demokraten»

Die Schweiz funktioniert offensichtlich nur dann, wenn sie Feinde hat. Feindbilder. Sagt der grösste lebende Schweizer Autor Peter Bichsel.

Interview: Marie-Josée Kuhn

work: Was würde geschehen, wenn die SVP die absolute Mehrheit in der Schweiz hätte?
Sehr viel. Wir gehen alle davon aus, dass Menschen in aller Welt an der Demokratie interessiert sind. Doch die Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie wird benützt, auch zu undemokratischen Zwecken. Bis jetzt ist das in der Schweiz nicht passiert, weil sich alle politischen Kräfte Mühe gegeben haben mit der Demokratie. Aber nun hat sich das geändert. Die SVP nützt die Demokratie aus, um sie zu relativieren,

«Die Schweiz hatte schon ein Ausländerproblem, bevor sie Ausländer hatte.»

d.h. sie auf Abstimmungen zu reduzieren. Wir haben kein Grundgesetz und keine Grundrechte, die verbürgt sind wie in jeder anderen liberalen Verfassung. Es steht alles zur Verfügung. So wie SVP-Präsident Toni Brunner sagt: Demokratie sei, wenn man über alles abstimmen könne. Demokratie ist aber mehr als nur: «Wir stimmen ab.»

Die SVP kommt bei den Leuten aber gut an. Diese wollen doch bestimmt nicht alle die Demokratie aushebeln, oder?
Nein, aber viele Leute sind der Überzeugung, es gebe nichts Besseres als diese Schweiz! Und das in der Vorstellung einer zweigeteilten Welt. Es steht auch so in unseren Zeitungen: Inland und Ausland. Die Hälfte der Welt ist Inland. Und die andere Hälfte ist Ausland. In Deutschland zum Beispiel, da weiss man gar nicht, was Inland ist. Inland ist ein absolut schweizerischer Begriff. Diese Vorstellung Inland, Ausland hat sich in den Köpfen der Schweizerinnen und Schweizer festgekrallt. Und: Wir sind nicht nur die Besten, wir sind auch die Stärksten.

Und deshalb müssen wir alles Fremde abwehren? Woher kommt denn diese Überhöhung der Schweiz? Ich meine, die Schweiz ist klein, hat keine Rohstoffe und auch kein Meer…
Auch ich bin in der Schule zum Patrioten gemacht worden. Übrigens von einem wunderbaren Lehrer, dem ich viel zu verdanken habe. Alle Flüsse der Welt kommen aus der Schweiz und auch die beste Schokolade. Die schönsten Berge sind in der Schweiz usw.

Patriotismus ist eine Religion. Und Völkerkriege sind immer Religionskriege. Man erklärt das Vaterland zur Religion und zieht im Namen Gottes in den Krieg. Ich sag es immer wieder: Patriotismus ist etwas Verbrecherisches.

Man kann die Cervelat und die Berge und die Schokolade gernhaben, auch ohne ein Patriot zu sein. Ich lebe gern in der Schweiz. Ich rede gern Mundart. Ich bin ein grosser Schwingerfan. Ich würde nur anderswo leben, wenn man mich dazu zwänge. Doch ich bin deshalb noch lange kein Patriot.

Wann wird die Liebe zur Schweiz zum heiligen Krieg?
Wenn sie Propaganda wird. Auch ich freue mich, wenn unsere Nati gewinnt. Doch die Gefühle der Leute, ihr Stolz, ihre Freude können ausgenützt werden. Propagandistisch ausgenützt werden. Da wird es brutal: Die SVP nützt die Gefühle der Leute kalt und zynisch aus. Stichwort Ausländerhetze: Ein ganzes Volk wird da verhetzt. Die Angst vor dem Fremden sitzt tief in uns allen drin. In unseren Herzen wohnt ein kleiner Faschist. Den müssen wir mit unseren Köpfen bekämpfen. Die Anhänger der SVP, die sind nicht so ganz anders als ich. Es sind Menschen. Das

Peter Bichsel in seiner Lieblingsbeiz Kreuz in Solothurn.
Foto: Gaëtan Bally/Keystone

ist nicht das Problem. Das Problem ist, was man mit diesen Menschen macht. In einer echten Demokratie machen es die Menschen, in einer Scheindemokratie – man nannte das mal Volksdemokratie – macht man es mit den Menschen. Dieses Den-Leuten-auf-den-Mund-Schauen, ein Thema finden, mit dem man siegen kann. Es geht der SVP um den Sieg. Um Sieg und Niederlage…

…Niederlage der Linken?
Es geht um die Niederlage der Linken und der gutwilligen Liberalen, um die Niederlage der «Lieben und Netten». Und so wird es auch weitergehen: Die Rechte wird weiterhin Themen finden, mit denen sie siegen kann.

Die Geschichtsvorstellung vom Rütli hilft ihr dabei. 1291 sei das ganze Volk zusammengestanden usw. Die Rütli-Legende stammt aus

«Wir sind eine Demokratie ohne Demokraten mit dem Wunsch nach einem König.»

dem 15. Jahrhundert und ist eine schöne Legende. Doch der Staat, in dem wir leben, ist der Staat von 1848. Wir sind das einzige Land der Welt mit einer liberalen Verfassung, das die Väter seiner Verfassung nicht kennt. Und auch nicht feiert. Es gibt keine moderne Schweizer Geschichte. Denn seit 1848 ist nichts aus unserer Geschichte zu einem Mythos geworden. Ausser vielleicht Alfred Escher, der Zürcher Industrielle und Financier.

Alfred Escher und Christoph Blocher?
Ja, sie gleichen sich sehr. Worauf ich hinauswill: Diese Geschichtslosigkeit seit 1848, die rächt sich jetzt. Auch die Demokratie wurde uns ja aufgezwungen von Napoleon. Und die konservativen Schweizer freuten sich gar nicht darüber. Und das ist auch heute noch so. Man soll die Bedeutung von Geschichte nicht überbewerten. Aber Geschichtslosigkeit hat ihren Preis. Blocher glaubt an eine Schweiz von 1291. Er will das Vaterland retten. Das Vaterland ist auf dem Rütli. Das ist in Sempach. Und der grösste Feind des Vaterlands ist der Staat. Nicht nur der Sozialstaat. Ich hingegen glaube an die moderne Schweiz von 1848. Blocher ist im Vorteil, denn die Legende von 1291 kennen alle. Eine Legende von 1848 dagegen, die gibt es nicht.

Als Blocher würde ich jetzt sagen: Aber Herr Bichsel, die Schweiz hat ein riesiges Ausländerproblem, und Sie dozieren irgendwelches Intellektuellenzeug. Typisch SP, sie will die Überfremdung der Schweiz einfach nicht wahrhaben!
Ich habe noch jene Zeiten erlebt, da es nur eine Sorte Ausländer gab in der Schweiz. Das waren die Italiener. Die sind damals noch mehr beschimpft worden als heute die Jugoslawen. Die Linke in Solothurn machte damals ein Ausländerfest. Wir luden die Italiener ein und feierten mit ihnen zusammen. Die Leute in der Stadt fanden das grauenhaft. Sie beschimpften uns und die «Sautschinggen». Dieses Fest gibt es heute noch, die Bürgerlichen haben es jetzt übernommen. Es heisst jetzt Freundschaftsfest. Da sitzen sie jetzt alle zusammen. Die Bürgerlichen und die integrierten Italiener, die selbstverständlich derselben Meinung sind wie die Bürgerlichen. Und irgendjemand, der einen anderen Augenschnitt hat als wir, verkauft Frühlingsrollen. Das war's dann. Ausländerproblem… Die Schweiz hatte bereits ein Ausländerproblem, bevor sie Ausländer hatte. Nur zwei liberale Aargauer Gemeinden nahmen Schweizerinnen und Schweizer jüdischer Konfession auf. Damals waren sie die Ausländer, vor denen man sich fürchtete. Juden, Italiener, Spanier, Tamilen, Jugoslawen: Die Schweiz funktioniert offensichtlich nur dann, wenn sie Feinde hat. Feindbilder.

In Ihrem Buch «Des Schweizers Schweiz» haben Sie geschrieben: «Kein anderes Land fühlt sich so bedroht wie die Schweiz.» Warum, wenn wir doch die Besten und Stärksten sind, fühlen wir uns denn so bedroht?
Das sind eben die Nachwehen der Schweizer Kriegsgeschichte: Morgarten und Sempach und Grandson. Ein tapferes kleines Volk hat sich

Zwei italienische Immigrantinnen warten in Chiasso, um 1950.
Foto: ATP Bilderdienst Zürich

Chiasso

gewehrt gegen ganz Europa und hat überlebt. So der Geschichtsunterricht. Wir leben immer noch in dieser Kriegsgeschichte. Uns gibt es nur, wenn wir gefährdet sind. Die Schweiz will bedroht sein.

Die SVP sagt uns: Die Ausländer sind gefährlich, sie sind kriminell, und sie wollen sich nicht integrieren. Mir ist kürzlich Folgendes passiert: Ich sitze in einem vollbesetzten Bus. Vor mir sitzt ein etwa 45jähriger Tamile. Kein hübscher

«In der Schweiz denkt man, Faschismus könne überall passieren, nur nicht bei uns.»

Mann. Es kommt eine schwer gehbehinderte Dame herein, gebläutes, gepflegtes Haar. Der Tamile schnellt auf und bietet der Schweizerin seinen Sitz an. Sie schaut ihn mit hasserfülltem Blick an: Was fällt diesem Kerl ein, jetzt werden diese Ausländer noch freundlich! Gesagt hat sie es nicht. Aber sie hat es signalisiert. Sie hätte den erwürgen können für seine Freundlichkeit.

Frage: Was hat dieser Tamile für eine Chance mit Integration? Was hat er für eine Chance, wenn er sich anständig benimmt? Die Frau empfand seine Anständigkeit als Aufdringlichkeit. Was soll er tun? Wenn er sitzen bleibt, heisst es, man habe keinen Platz mehr im Bus. Überall sitzen Ausländer! Wenn er aufsteht, ist er ein frecher Kerl, weil er sich anbiedert. Frage: Wer ist da nicht integrationsfähig? Sind die Ausländer nicht integrations fähig? Oder sind wir es nicht? Und halten deshalb die Ausländer von der Integration ab?

Bei den Italienerinnen und Italienern hat die Integration aber doch geklappt? Wer steht nicht auf Pizza, Pasta, Espresso und Italianità?

Das ist so. Und das ist doch eine wunderbare Sache! Bei etlichen, die seit zwanzig Jahren mit uns leben und auch gar nicht mehr nach Italien zurückgehen wollen, hat diese Integration übrigens ohne grosse Deutschkenntnisse geklappt. Das Erlernen der ortsüblichen Sprache ist also nicht unbedingt Voraussetzung für eine Integration. Frage: Wenn sie dann Deutsch können, etwa die Schwarzen, mit wem können sie dann überhaupt Deutsch sprechen? Deutsch kann man nicht einfach in der Volkshochschule lernen. Man muss es auch praktizieren können. Aber Sie haben recht, die Geschichte der Italiener ist eine Geschichte beidseitiger Integration. Heute können wir uns schlicht nicht mehr vorstellen, wie die Italiener hier einst behandelt wurden. Wir haben es vergessen.

Und die Italiener haben es auch vergessen. Deshalb hat die SVP heute viele italienischstämmige Wählerinnen und Wähler.

Was haben uns die Ausländer gebracht ausser einer besseren Küche?

Lassen wir sie mal alle weg, dann sehen wir, was bleibt. Ich glaube nicht, dass wir dieses Land betreiben könnten ohne Ausländerinnen und Ausländer.

Sie haben den Gotthard gebaut, sie pflegen uns im Spital…

… ja, auch das, klar. Aber ich will auf etwas ganz anderes hinaus: Nationalität als Qualität. Schweizer zu sein ist ein teures Gut. Ausländer müssen es sich kaufen. Ich hingegen komme auf die Welt – und schon bin ich Schweizer. Niemand hat mich vorher gefragt. Bin ich jetzt ein besserer Schweizer, weil sich meine Familie schon seit Hunderten Jahren in dieser Gegend rumtreibt? Bin ich ein besserer Schweizer, weil ich mich nicht fürs Schweizersein zu entscheiden hatte?

Ein Slogan der SVP heisst: Schweizer wählen SVP. Sie und ich sind also gar keine Schweizer…

Das meine ich, wenn ich sage, der SVP geht es um die Macht. Und wenn sie die 51 Prozent erzielt, dann sind wir keine Schweizer mehr. Das ist so. Die SVP beansprucht schon die Schweizer Fahne für sich. Jetzt will sie die ganze Schweiz. Das ist, was auf uns zukommt. Doch in der Schweiz denkt man, Faschismus könne überall passieren, nur nicht bei uns. Diese absolute Sicherheit, dass man in diesem Land

Dharmini Amirthalingam, Bürgerin von Sumiswald BE, auf einem Feld in Sumiswald im Emmental, 2009. Foto: Keystone/Peter Schneider

machen kann, was man will, und es passiert nichts Schlimmes, weil wir ja auch im Zweiten Weltkrieg verschont wurden, das ist schon beeindruckend. Genau dieselben Leute, die klagen, die Städte seien so unsicher geworden wegen der Schwarzen, genau dieselben Leute fühlen sich total sicher. Sie sind überzeugt, dass der Schweiz nichts passieren kann. Und vor allem dann nicht, wenn in Zürich so ein starker König Blocher aufpasst, dass nichts passiert. In 150 Jahren ist es nicht gelungen, aus den Schweizern Demokraten zu machen. Wir sind eine Demokratie ohne Demokraten mit dem Wunsch nach einem König, der dann allein die Demokratie machen soll.

Auch in der Politik braucht es mindestens immer zwei: Nur eine schwache Linke ermöglicht eine so starke Rechte. Wieso kann die Linke der SVP beim Thema Migration so wenig entgegenhalten?
Weil die SVP Politik mit Emotionen macht: Schweizer wählen SVP. Das sind Emotionen. Und die Linke versucht, mit Argumenten gegen Emotionen anzukämpfen. Das ist aber nicht möglich. Sollen wir sagen: Schweizer wählen nicht SVP? Das ist doch Blödsinn!

Nein, aber wir könnten sagen: Schweizer lassen sich nicht abzocken, deshalb braucht es in der Schweiz eine gerechtere Steuerpolitik.
Das ist richtig. Wir Linke müssen die soziale Frage thematisieren. Da können wir auch gewinnen. Doch wir leben in sehr apolitischen Zeiten. Nehmen wir die SP Schweiz: Ich habe mehr und mehr den Eindruck, dass meine Partei nichts anderes mehr ist als eine Administrativorganisation für die Bundeshausfraktion. Sonst passiert nichts mehr. Die Sozialdemokratische Partei, die mal Sektionen hatte und Aktionen machte auf dem Dorf, die ist heute reduziert auf die Bundeshausfraktion in Bern. Und diesen Parlamentariern ist es verdammt wohl in Bern. Wann immer ich einen solchen zu Besuch habe, erzählt der mir, dieser oder jener SVPler sei ein ganz prima Kerl, mit dem verstehe ich mich wunderbar. Dann denke ich immer, haben die es schön zusammen, kommen die gut aus miteinander. Da habe ich schon Bedenken. Umso mehr, als es die FDP als Partei auch nicht mehr gibt. Die einzige Partei, die es in der Schweiz noch gibt, ist die SVP. Sie ist nicht aufs Bundeshaus reduziert. Sie hat noch Feuer.

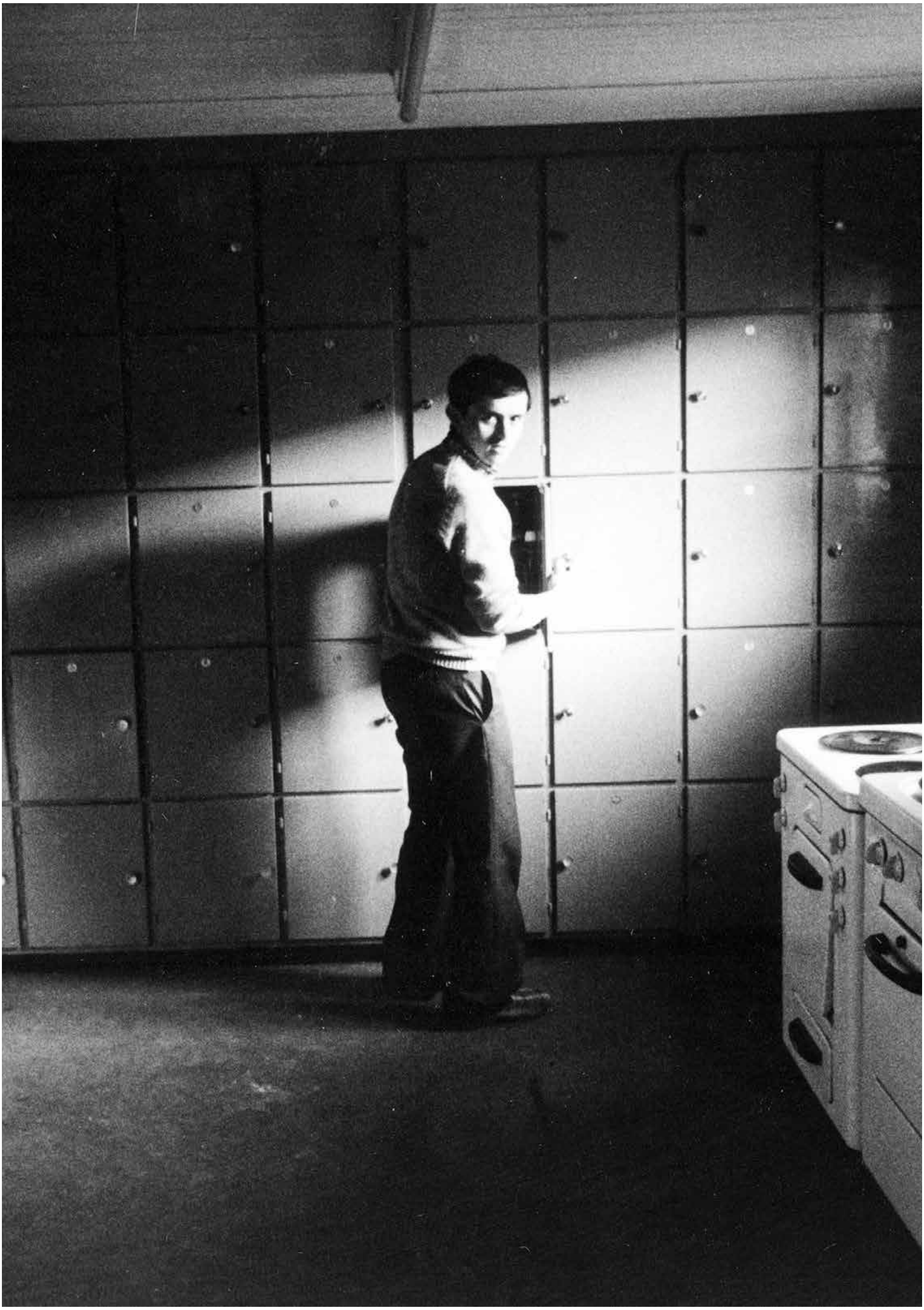
Wo ist denn das Feuer der Linken geblieben?
Ohne Holz kein Feuer. Und die Streichhölzer fehlen auch. Eine Ausnahme gibt es, die Gewerkschaften. Was haben wir 1968 doch über die Gewerkschaften am rechten Rand der SP geflucht. Heute sind die übriggebliebenen Linken alle froh, dass es wenigstens noch die Gewerkschaften gibt.

Sind Sie eigentlich noch Mitglied der Unia?
Ja. Ich trat damals in die Gewerkschaft Bau und Holz ein. Aus Solidarität mit jenen, die wirklich arbeiten. Und weil die GBH die einzige Gewerkschaft war, die Gelegenheitsarbeiter aufnahm.

Die Gewerkschaften leben also noch, die SP aber hat das Feuer verloren, und die SVP ist dran, die Schweiz zu übernehmen: schreckliche Aussichten!
(lacht) Ich habe schon die Tendenz, deprimiert am Morgen aufzustehen. Aber so kann man ja nicht leben. Also verbringe ich den Tag mit kleinen Versöhnungen und setze mich an den Stammtisch der SVP-Wähler. Dort stelle ich fest, das sind ja auch nur Menschen. Und wir haben es ja noch gut zusammen. Dann gehe ich getrost nach Hause und ins Bett.

Peter Bichsel, geboren am 24. März 1935, ist der grösste lebende Schweizer Schriftsteller. Bis 1968 arbeitete er als Primarlehrer. 1964 wurde er mit seinen Kürzestgeschichten in «Eigentlich möchte Frau Blum den Milchmann kennenlernen» auf einen Schlag als Literat bekannt. Zwischen 1974 und 1981 war er auch als persönlicher Berater für SP-Bundesrat Willi Ritschard tätig.
Das Interview wurde vor der Abstimmung zur SVP-Ausschaffungsinitiative im November 2010 geführt und hat seither nichts an Aktualität verloren.

Saisonnier vor seinem Schliessfach, 1984.
Foto: Uri Werner Urech, Schweizerisches Sozialarchiv/GBI



Geschichte des Saisonnierstatuts

1934 Die Schweiz führt das Saisonnierstatut ein. Es ermöglicht den Unternehmern, Ausländerinnen und Ausländer für eine Saison anzustellen. Danach müssen Saisonniers wieder ausreisen. Sie dürfen während der Saison weder ihre Arbeitsstelle noch den Wohnort wechseln, noch ihre Familie in die Schweiz mitnehmen.

1947 Die Produktion boomt. Die Schweiz braucht dringend Arbeitskräfte, will aber verhindern, dass die sesshaft werden. Die Patrons beginnen in grossem Stil Saisonniers zu rekrutieren, vor allem in Italien.

1949 Die maximale Aufenthaltsdauer für Saisonniers wird auf 9 Monate gekürzt.

1963 Auf Druck der Rechtsaussenpartei Nationale Aktion führt der Bundesrat Kontingente ein. Neu gilt für jeden Kanton eine Maximalquote von Saisonniers.

1965 Der Schriftsteller Max Frisch kritisiert: «Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr: Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.»

1970 46 Prozent der Stimmberechtigten stimmen Ja zur Schwarzenbach-Initiative. Die wollte den Ausländeranteil in der Schweiz auf 10 Prozent senken. 300 000 Ausländer hätten ausreisen müssen.

1974 Es ist Wirtschaftskrise, und die Schweiz exportiert ihre Arbeitslosigkeit: Bis Anfang der 1980er Jahre müssen rund 200 000 Gastarbeiter heimkehren.

1982 Die linke «Mitenand»-Initiative für eine sozialere Ausländerpolitik bekommt nur gerade 16 Prozent der Stimmen.

1991 Die Schweiz führt das Dreikreisemodell ein. Menschen von ausserhalb der EU oder EFTA haben kaum noch Möglichkeiten, legal einzuwandern. Auch das Saisonnierstatut gilt nur noch für EU-/EFTA-Bürgerinnen und -Bürger.

2002 Die Personenfreizügigkeit mit der EU tritt in Kraft. Mit ihr fällt das Saisonnierstatut endgültig weg. Dadurch und dank den flankierenden Massnahmen steigen die Löhne auf dem Bau stark an. Ein grosser Erfolg für die Gewerkschaften.

IMPRESSUM
Herausgeberin: work, Gewerkschaft Unia
Weltpoststrasse 20, 3000 Bern 15

Redaktionelle Verantwortung: Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin work

Bild- und Schlussredaktion: Thomas Adank

Gestaltung: Atelier Adrian Zahn, Bern

Korrektorat: Urs Remund, Cortex GmbH, Zürich

Druck: Multicolor Print AG, Baar

Auflage: 5000 Ex.

SPEZIELLER DANK AN:
Schweizerisches Sozialarchiv; Nina Seiler; Marilia Mendes; Jürg Hassler; Rotpunktverlag;
Willy Spiller; Vanessa de Maddalena (Keystone);
Denis Martin (RDB)

Bild Rückseite: Küche und Speisesaal in einer Baracke, 1984.
Foto: Uri Werner Urech/Schweizerisches Sozialachiv/GBI